IMT Nuremberg Archives

H – 379

International Court of Justice

H0379 – 0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 20. JUNI 1946
SITZUNG 10.00 bis 13.00 UHR.

595

VORSITZENDER: Ich habe etwas anzukundigen:

Erstens: Zusaetzliche Zeugen koennen am Ende des Falles fuer die Angeklagten gehoert werden.

Zweitens: Frageboegen und andere Dokumente, die bis dahin eingelaufen sind, muessen dann angeboten werden als Beweisstuecke.

Drittens: Frageboegen und andere Dokumente, die schon vor Ende der Beweisfuehrung zugelassen worden sind, aber erst spaeter eingelaufen sind, werden vom Gericht empfangen und in Betracht gezogen werden bis zum Ende des Prozesses.

Das ist alles. - Einen Augenblick. - Jawohl.

ALBERT SPEER - - fortfahrend

FORTSETZUNG DES DIREKTEN VERHOERS

DURCH DR. FLAECHSNER

F. Wir hatten gestern die Verwendung der Arbeitskraefte in den Betrieben erledigt und kommen jetzt zu der Frage, wie die Arbeitskraefte in den Betrieb gekommen sind, das heisst die Frage der Gesamt- und Einzelanforderung der Arbeitskraefte.

Herr Speer, Sie haben in Ihrer Aussage vom 18. Oktober 1945 erklaer

Erstens, Sie haetten von Sauckel die Schaffung neuer Arbeitskraefte gefordert,

zweitens, Sie haetten gewusst, dass unter diesen Arbeitskraeften Auslaender sein wuerden,

drittens, und Sie haetten gewusst, dass diese teilweise gegen ihren Willen in Deutschland arbeitete.

Was haben Sie dazu zu sagen?

A. Diese freiwillige Erklaerung ist richtig.

Ich war Sauckel waehrend des Krieges fuer jede Arbeitskraft dankbar, die er mir vermittelte. Ich habe ihn oft genug dafuer verantwortlich gemacht, wenn durch zu wenig Arbeitskraefte die Ruestung nicht die moeglichen Leistungen erzielt hatte, und ich habe immer die Verdienste, die er durch seine Taetigkeit fuer die Ruestung hatte, hervorgehoben.

H0379 - 0003

F. Wenn Sie aber in Ihrer Aussage vom 18. Oktober 1945 und auch jetzt wieder, von Arbeitskraeften sprechen, bedeutet das nun den Gesamtbegriff Arbeitskraefte, also Deutsche, Auslaender aus besetzten Gebieten, befreundeten oder angegliederten Staaten und auch Kriegsgefangene?

A. Ja, ich hatte zwar ab Mitte 1943 Differenzen mit Sauckel uebe die Produktionspolitik und ueber die ungenuegende Bereitstellung der Reserven an deutschen Arbeitskraeften. Das hat aber mit de Grundsaetzlichen Einstellung zu Sauckels Arbeit nichts zu tun.

F. Welcher Prozentsatz der insgesamt zugewiesenen Arbeitskrae te entfiel auf Ihre Forderung an Sauckel?

A. Sie meinen der insgesamt zugewiesenen Arbeitskraefte, nich Auslaender?

F. Ja.

A. Bis zum August 1944, also bis zu dem Zeitpunkt, an dem ich die Luftruestung uebernahm, etwa 30 bis 40% aller bereitgestellten Arbeitskraefte. Von diesen waren allerdings der groesste Teil deutsche Arbeitskraefte. Als ich 1944 die Luftruestung uebernahm, im August 1944, hatte ich keinen nennenswerten Bedarf mehr an Arbeitskraeften, da durch die Auswirkungen der Fliegerangriffe auf die Verkehrsanlagen im Reich die Ruestungsproduktion bereits im Absinken w

F. War Ihr Bedarf an Arbeitskraeften unbegrenzt hoch?

A. Nein. Die Hoehe der Ruestung und darueber hinaus der Gesamtproduktion, und damit mein Bedarf an Arbeitskraeften, wurde durch die Rohstoffe gesteuert.

F. Das heisst also, der Bedarf war begrenzt durch die zur Verfuegung stehende Rohstoffmenge?

A. Mein Bedarf an Arbeitskraeften hatte eine obere Grenze dur die Rohstoffe.

F. Sie haben nun eine bedeutende Erhoehung der Produktionszahlen der Heeresruestung erreicht. Wurden, um diese Erhoehung zu erzielen, die eingesetzten Arbeitskraefte im gleichen Verhaeltnis erhoeht?

A. Nein, die Produktion wurde von 1942 bis 1944 bei den Waffen versiebenfacht, bei den Panzern verfuenfeinhalbfacht und bei der

versechsfacht. Die Zahl der Arbeitskraefte in diesen Sparten der Heeresruestung aber wurde nur um 30% erhoecht. Dieser Erfolg wurde auch nicht durch eine hoehere Ausnutzung der Arbeitskraefte erzielt sondern durch die Abschaffung der veralterten Fabrikationsmethoden und durch ein besseres System zur Steuerung der Ruestungsproduktion ueberhaupt.

F. Was ist der Begriff Kriegsproduktion?

A. Der hier oft gebrauchte Begriff Kriegsprodutkion ist nicht anderes, als wie der normale Begriff: Produktion. Er umfasst alles, was industriell oder handwerklich gefertigt wird, auch fuer den zivilen Bedarf.

F. Was wurde in Deutschland von dem Begriff: Ruestung, umfass welches Arbeitsgebiet war das?

A. Der Begriff: Ruestung, hat in keiner Weise sich auf die Ruestung beschraenkt, die durch das Genfer Kriegsgefangenenabkommen umrissen ist. Der moderne Begriff Ruestung ist ein viel weiterer. Er umfasst ein bedeutend groesseres Aufgabengebiet. Es gab bei uns fuer den Begriff Ruestung keine klaren Richtlinien. Das Kennzeichen eines Ruestungsbetriebes war, dass er von den mir unterstellten Ruestungsinspektionen in der Mittelinstanz betreut wurde. Zu dieser Ruestung in Deutschland gehoerte zum Beispiel die gesamte Herstellu an Rohstahl, alle Walzwerke, Giessereien oder Schmieden; die Herstellung oder Verarbeitung von Alluminium, von den modernen Kunststoffen, die chemische Erzeugung von Stickstoff oder Treibstoff ode Kunstgummi, die Erzeugung kuenstlicher Wolle, die Fertigung von Einzelteilen, bei deren Herstellung nicht feststeht, ob sie in der Ruestung verwendet werden; wie zum Beispiel Kugellager, Zahnraeder, Ventile, Kolben fuer Motore und so weiter, oder die Erzeugung von Werkzeugmaschinen, die Einrichtung von Fliessbandfertigungen; genau so der Bau von Kraftwagen, von Lokomotiven oder Handelsschiffen, schliesslich auch Textilbetriebe und Betriebe der Leder- und Holzverarbeitung.

In den von mir an die Zeugen herausgegebenen Fragebogen habe ich feststellen lassen, wie viel Prozent der deutschen Ruestungsbetrieb etwa Ruestungsgegenstaende im Sinne des Genfer Abkommens gefertigt

H0379 - 0004

H0379 – 0005

haben und ich moechte das kurz hier in einer Zahl zusammenfassen. Die Mitarbeiter kommen uebereinstimmend zu dem Ergebnis, dass zwischen 40% und 20% unserer Ruestung sich mit der Herstellung von Waffen, Panzern, Flugzeugen oder Kriegsschiffen oder dem allgemeinen Geraet fuer die Wehrmachtteile beschaeftigt haben. Der ueberwiegende Teil ist also nicht Ruestung im Sinne dieses Genfer Abkommens gewesen. Der Grund fuer die Ausweitung unserer Ruestung des Begriffes Ruestung in Deutschland ist neben Fertigungsgruenden auch in der bevorzugten Behandlung dieser Betriebe zu suchen, die dazu fuehrte, dass zahlreiche Betriebe danach draengten, als Ruestungsbetriebe erklaert zu werden.

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, in den Fragebogen die dem Gericht noch nicht vorliegen, weil das Buch noch nicht vorgelegt ist haben sich die Zeugen Sauer unter Frage 7 und 10, der Zeuge Schieber unter Frage 6 bis 9, und der Zeuge Kehrl unter Frage 4 bis 7 mit der Abgrenzung - - -

VORSITZENDER: Wie war der Nachname?

DR. FLAECHSNER: Kehrl.

.....unter Frage 4 bis 7 ueber Abgrenzung des Begriffes Ruestung geaeussert.

DURCH DR. FLAECHSNER:

F. Herr Speer, um ein Beispiel zu geben, Sie kennen die Firma Krupp in Essen. Wie weit erzeugte zum Beispiel diese Firma Ruestungsgegenstaende im Sinne des Genfer Kriegsgefangenenabkommens also Waffen, Munition und Gegenstaende, die der unmittelbaren Kriegfuehrung zu dienen bestimmt sind?

A. Gerade der Krupp-Konzern ist ein Beispiel dafuer, dass ein Ruestungsbetrieb nur einen Teil seiner Fertigung auf Kriegsgeraet eingestellt hat. Allerdings muss ich darauf hinweisen, dass gerade die Firma Krupp einer derjenigen Ruestungsbetriebe waren, die mit am wenigsten Ruestung prozentual in diesem Krieg gemacht haben. Bei Krupp waren die Bergwerke, drei grosse Werke zur Erzeugung von Rohstahl und von Qualitaetsstahl, im Vordergrund der Produktion. Lokomotivbau, Anfertigungen fuer die Chemie, waren Spezialitaeten von

H0379 - 0006

Krupp. Dagegen wurde in diesem Kriege die eigentliche Ruestungs-spezialitaet von Krupp, der Bau von Panzertuermen. fuer Kriegsschiff und von grossen Spezialsschiffen, ueberhaupt nicht ausgenuetzt. Erst im Jahre 1944 hat Krupp in der Naehe von Breslau das erste groesser Werk fuer Geschuetze eingerichtet gehabt. Bis dahin hat Krupp in de Hauptsache sich mit der Neuentwicklung von neuen Waffen beschaeftig und deren Fertigung dann in Lizenzen an andere Firmen abgegeben. Zusammenfassend kann man sagen, dass bei Krupp etwa 10 bis 15 % der Belegschaft in diesem Kriege Ruestungsgegenstaende im Sinne des Gen fer Abkommens gefertigt haben, obwohl der ganze Betrieb als Ruestu betrieb gefuehrt wurde.

F. Welchen Einfluss hatten Sie und Ihr Ministerium darauf, ob einem Betrieb auslaendische oder deutsche Arbeiter zugewiesen wurd.

A. Darauf hatte mein Ministerium keinen Einfluss. Meinem Mini sterium wurde der Bedarf an Arbeitskraeften von den mir unterstehen den Ruestungsbetrieben in einer Gesamtzahl mitgeteilt, und nicht a geteilt nach Auslaendern, Kriegsgefangenen oder nach deutschen Arbe kraeften. Diese Gesamtzahl wurde als Forderung an den Generalbevoll maechtigten fuer den Arbeitseinsatz weitergegeben. Sauckel lehnte e ab, dtaillierte Anforderungen entgegenzunehmen. Er hatte damit rec da er seinen unteren Dienststellen keine Einzelweisungen geben konn te, in welchem Prozentsatz Deutsche oder Auslaender oertlich dem Betrieb vermittelt werden.

Die Vermittlung der Arbeitskraefte unter der unteren Instanz an die Betriebe selbst wurde von den Arbeitsaemtern ohne Zwischenschaltung irgend einer meiner Instanzen vorgenommen. Wir nahmen also auch hie keinen Einfluss darauf, ob Deutsche, Auslaender oder Kriegsgefange im Einzelnen einem Betriebe zugewiesen wurden. Die Rueckmeldung des Betriebes ueber seinen Neuzugang an Arbeitskraeften, ging an mein Ministerium wieder in einer Gesamtzahl, sodass ich keinen Ueberbli darueber hatte, ob und wie viele auslaendische Arbeitskraefte oder Kriegsgefangene in der Gesamtzahl enthalten waren.

Selbstverstaendlich wusste ich, dass auslaendische Arbeiter an Rue-stungsgegenstaenden arbeiteten. Ich war damit einverstanden.

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, zur Erleichterung des Gerich

H0379 – 0007

darf ich vielleicht bemerken, dass sich ueber diese Fragen die Frage boegen unter Nr. 7 und 17 des Zeugen Schmelte und auch Nr. 1 und 8 des gleichen Fragebogens, der Fragebogen Schieber zu Nr. 10, 11, 30 und 31, geaeussert haben, dass ferner im Fragebogen Kehrl in der An wort der Frzgen 8 und 9 Material hierzu enthalten ist.

DRUCH DR. FLAECHSNER:

F. Herr Speer, wer vertrat die Forderung an Arbeitskraeften fuer die Ruestung gegenueber dem Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz?

A. Die Anforderungen fuer Arbeitskraefte waren nach den verschiedenen Wirtschaftszweigen in verschiedene Sektoren aufgeteilt. E gab etwa 15 anfordernde Sektoren. In diesen Sektoren wurde von mir angefordert fuer die Heeres- und Marineruestung und fuer den Bau; un ab September 1943 fuer die Sektoren Chemie, Bergbau und uebrige Produktion. Die Luftruestung hatte ihre eigene Einsatzabteilung, die ueber das Reichsluftfahrtministerium anforderte.

DR. FLAECHSNER: Hierueber hat sich in den Fragebogen der Zeuge Schmelte in seiner Antwort auf Frage 2, der Zeuge Schieber in seiner Antwort auf Fragen 2, 3 und 5, der Zeuge Kehrl auf Fragen 2 und 3 geaeussert.

F. Wurden die Forderungen nach Arbeitskraeften fuer die Ruestung der 3 Wehrmachtsteile nicht in Ihrem Ministerium zusammengefasst?

A. Nein. Ich hatte zwar der Form nach ab Maerz 1942 das Ruestuamt unter General Thomas vom OKW uebernommen und dieses Ruestungsamt war eine gemeinsame Dienststelle aller 3 Wehrmachtsteile, in dem auch die Arbeitseinsatzfragen besprochen wurden .

Durch eine Vereinbarung zwischen Goering und mir war festgelegt worden, dass die Luftruestung unabhaengig von mir ihre Interessen vertritt. Diese Festlegung war notwendig, da ich ja als zunaechst der Minister fuer die Heeresruestung einseitig interessiert war, und daher nicht Entscheidungen ueber den Arbeiterbedarf eines mir nicht unterstehenden Ruestungsteiles treffen wollte.

F. Wie weit sind Sie verantwortlich fuer die Beschaeftigung von Kriegsgefangenen in der Ruestung, also hier Ruestung im engeren

H0379 - 0008

Sinne gemeint, gegen die Genfer Bestimmungen?

A. Ich habe meinen Einfluss nicht geltend gemacht, dass Kriegsgefangene entgegen den vom OKW herausgegebenen Richtlinien beschaeftigt wurden. Ich kannte den Standpunkt des OKW, nach dem die Genfer Konvention hier eingehalten werden soll. Allerdings war mir auch bekannt, dass diese Genfer Bestimmungen nicht fuer die russischen Kriegsgefangenen und fuer die italienischen Militaer-Internierten gelten. Ich konnte keinen Einfluss auf die Zuteilung der Kriegsgefangenen auf die einzelnen Betriebe nehmen. Diese Zuteilung wurde von dem Arbeitsamt in Verbindung mit den unteren Behoerden des Chef Kriegsgefangenenwesens, mit der sogenannten "Stalag" durchgefuehrt.

F. Ich darf hierzu auf den Fragebogen des Zeugen Schmelte auf die Antwort Nr. 14 verweisen.

Herr Speer, wer war denn in der Mittelinstanz der massgebende Offizier, der unter dem OKW stand?

A. Die Beaufsichtigung des richtigen Einsatzes der Kriegsgefangenen wurde in der Mittelinstanz durch den Wehrwirtschafts-Offizier vorgenommen. Dieser war bei dem Wehrkreis-Befehlshaber eingebaut, der dem Heer unterstand.

F. Nun ist von der Anklage ein Affidavit von Mr. Duess, einem amerikanischen Wirtschafts-Statistiker, vorgelegt unter Dokument Nr. 2520-PS.

Nach diesem Affidavit sind mit der Herstellung von Ruestungsgegenstaenden 400 000 Kriegsgefangenenbeschaeftigt gewesen. Diese Zahlen sollen aus den Statistiken Ihres Ministeriums entnommen und ermittelt sein. Wie stehen Sie zu dieser Berechnung?

A. Die Zahlen sind mir aus meiner Taetigkeit als Minister bekannt, sie sind richtig. Es handelt sich bei diesen 400 000 Kriegsgefangenen um die in der gesamten Ruestung beschaeftigten Kriegsgefangenen. Es ist ein falscher Schluss dieses Affidavits, wenn es annimmt, dass diese Kriegsgefangenen alle mit der Herstellung von Ruestungsgegenstaenden im Sinne des Genfer Abkommens beschaeftigt waren. Eine Statistik, wieviele Kriegsgefangene in den Ruestungsbetrieben beschaeftigt wurden, die Ruestungsgegenstaende im Sinne des Genfer Abkommens fertigten, wurde bei uns nicht gefuehrt und kann

H0379 – 0009

her auch nicht aus meinen Akten errechnet werden.
Im uebrigen sind in diesen 400 000 Kriegsgefangenen etwa 2 - 300 00 italienische Militaer-Internierte enthalten, die alle damals in de Bereich meiner Produktion ueberfuehrt wurden. Es ist also mit diese Affidavit nicht der Beweis erbracht, dass Kriegsgefangene mit der Herstellung von Ruestungsgegenstaenden an sich beschaeftigt waren.

F. Hier ist sehr oft die Zentrale Planung erwaehnt worden. Si waren Mitglied der Zentralen Planung. Koennen Sie mir die Entstehur der Zentralen Planung und ihren Aufgabenbereich naeher schildern?

A. Als ich mein Amt 1942 antrat, war es eine dringende Notwen digkeit, die Verteilung verschiedener Materialien, zusammengefasst fuer die 3 Wehrmachtsteile, vorzunehmen und die Steuerung der Krieg wirtschaft auf weite Sicht zu garantieren. Dies wurde bis dahin im Wirtschaftsministerium vorgenommen, zu einem anderen Teil im OKW. Beide waren zu schwach, um sich den 3 Wehrmachtsteilen gegenueber durchzusetzen.

Auf meinen Vorschlag wurde im Maerz 1942 die Zentrale-Planung vom Beauftragten fuer den 4-Jahresplan errichtet. Entscheidungs-

H0379 - 0010

berechtigt waren darin die 3 Mitglieder, Milch, Koerner und ich, und zwar nur durch gemeinsamen Beschluss, der aber immer ohne Schwierigkeiten herbeigefuehrt werden konnte. Es ist klar, dass ich auf Grund meiner ueberragenden Stellung in dieser Zentralen Planung der ausschlaggebende Faktor war.

Die Aufgaben der Zentralen Planung waren klar umrissen und durch den von mir entworfenen Erlass Goerings festgelegt. Eine Zusammenstellung der Forderung an Arbeitskraeften oder eine Verteilung der Arbeitskraefte war in diesem Erlass nicht vorgesehen. Diese Taetigkeit wurde von der Zentralen Planung, trotz der hier vorgelegten Dokumente, nicht systematisch durchgefuehrt. Ich habe versucht, die Entscheidung ueber Anforderung und Verteilung der Arbeitskraefte durch die Zentrale Planung zu erhalten, da dies ein wesentlicher Faktor der Lenkung der Gesamtwirtschaft gewesen waere. Dies wurde jedoch von Sauckel als Einmischung in seine Rechte immer abgelehnt.

DR. FLAECHSNER: Ich reiche hierzu den Erlass Goering fuer die Einrichtung einer Zentralen Planung im Vierjahres-Plan ein. Er ist veroeffentlicht am 25. April 1942, Speer-Dokument 42, und Exhibit Nr. 7. Herr Praesident der Wortlaut befindet sich auf Seite 17 des englischen Dokumentenbuches. Der Aufgabenkreis der Zentralen Planung---

VORSITZENDER: Einen Augenblick. Welche Nummer geben Sie dem Dokument? Auf dem Dokument heisst es Speer Nr. 142.

DR. FLAECHSNER: Nein, das muss ein Schreibfehler sein; es muss heissen 42, Herr Praesident; es befindet sich---

VORSITZENDER: Welche Beweisstueck-Nummer hat dieses Dokument?

DR. FLAECHSNER: Speer-Exhibit Nr. 7.

VORSITZENDER: Und was heisst dann "42"? Warum schreiben Sie dann 42 auf diese Beweisstueck-Nummer 7?

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, das ist die Ordnungsnummer, unter der ueberhaupt das Dokument aufgenommen worden war bei der Zusammenstellung des Dokumentenbuches. Hier ist massgeblich die Exhibit Nr. 7.

VORSITZENDER: Sehr gut.

DR. FLAECHSNER: Es ist zum erleichternden Auffinden im Dokumentenbuch, Herr Praesident. Es befindet sich auf Seite 17 des englischen Textes; und da darf ich die Aufmerksamkeit des Gerichtes auf Punkt 3 des Erlasses lenken. Danach

H0379-0011

hatte die Zentrale Planung zu entscheiden ueber die notwendigen industriellen Neuplanungen ueber den Ausbau der Produktion, von Rohstoffen, ueber die Vermittlung der Rohstoffe, wie auch ueber die Zusammenfassung der Forderungen an das Transportwesen. In dem Erlass ist nicht vorgesehen die Regelung der Frage der Arbeitskraefte.

F: Herr Speer, wie kam es nun, dass trotzdem in der Zentralen Planung die Anforderung von Arbeitskraeften besprochen wurde?

A: Es sind alle 60 Sitzungen der Zentralen Planung, die von 1942 bis 1945 stattgefunden haben, in den Stenogrammen enthalten. Diese 5000 Schreibmaschinenseiten geben einen klaren Taetigkeitsbericht ueber die Aufgaben der Zentralen Planung. Es geht daraus fuer jeden Sachverstaendigen hervor, dass keine Arbeitseinsatz-Planung vorgenommen wurde, denn es ist klar, dass eine Arbeitseinsatz-Planung mindestens in vierteljaehrlichen Abstaenden durchgefuehrt werden muesste, wie wir das fuer die Rohstoffe auch machen mussten. In der Tat wurden in der Zentralen Planung 3 bis 4 Besprechungen abgehalten ueber Arbeitseinsatz. Diese 3-4 Besprechungen kamen auf folgende Weise zustande: Ich hatte mir im Jahre 1942 oder 1943, also bevor ich die Gesamtproduktion zu leiten hatte, bei Einziehungsaktionen von Soldaten zur Wehrmacht das Recht zugestehen lassen, die einzelnen Quoten der Einziehungen auf die einzelnen Sektore zu verteilen. Diese Verteilung wurde in der Zentralen Planung als neutrales Gremium in einer Sitzung vorgenommen. Bei dieser Sitzung war selbstverstaendlich auch ein Vertreter vom Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz vertreten, da ja gleichzeitig damit die Frage der Ersatzgestellung besprochen werden musste. Ein zweiter Sektor, der in der Zentralen Planung besprochen wurde, war die Verteilung der Kohle fuer das naechste Jahr. Die Kohle steuerte genau, wie bei der englischen Produktion, auch unsere gesamte Kriegswirtschaft. Bei diesen Besprechungen musste gleichzeitig festgestellt werden, inwieweit der Bedarf an Arbeitskraeften des Kohle- Bergbaues vom Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz befriedigt werden kann, da nur mit diesem zusammen eine saubere Planung fuer das naechste Jahr vorgenommen werden konnte. Daraus entstanden die Besprechungen ueber den Einsatz von russischen Kriegsgefangenen in den Bergbau, die hier zitiert worden sind. Es fanden darueber hinaus 2 Sitzungen statt, in denen tatsaechlich die Forderungen aller Bedarfstraeger besprochen wurden, und zwar in einer Weise

H0379 - 0012

besprochen wurden, wie es die Anklage fuer die Zentrale Planung fuer die gesamte Taetigkeit verallgemeinern moechte. Diese beiden Sitzungen fanden im Februar und Maerz 1944 statt, und weder vorher, noch nachher wurden sie wiederholt. Dazu fanden diese 2 Sitzungen waehrend meiner Krankheit statt, -es war mir bereits damals unklar, wieso Sauckel gerade waehrend meiner Krankheit meinem Wunsch, die Zentrale Planung hier einzuschalten, nachgekommen war, und sich danach wieder von dieser Zusage distanzierte.

DR. FLAECHSNER: Von der Anklage sind verschiedene Auszuege aus Sitzungen der Zentralen Planung vorgelegt worden.

F: Sind diese Auszuege nach Ihrer Kenntnis aus den Stenogrammen, oder aus den Protokollen der Sitzungen entnommen?

A: Sie sind aus den Stenogrammen entnommen worden. Ausser diesen Stenogrammen wurde bei jeder Sitzung noch ein Protokoll angefertigt ueber das Sitzungsergebnis. Diese Protokolle sind das tatsaechliche Ergebnis der Sitzung. Aus den Protokollen selbst ist kein Material von der Anklage hier vorgelegt worden bis jetzt. Das, was im Stenogramm vorgelegt wird, sind selbstverstaendlich Bemerkungen und Debatten, wie sie bei derartig wichtigen Gegenstaenden in jeder Kriegswirtschaft jedes Landes vorkommen, auch wenn die entsprechende Behoerde nicht unmittelbar fuer die Frage etwa des Arbeitseinsatzes verantwortlich ist.

F: Handelte es sich demnach bei den Zitaten, die hier vorgekommen sind, um Entscheidungen, die in der Zentralen Planung, oder von Ihnen getroffen worden sind?

A: Das ist ja schon beantwortet worden.

F: Ich moechte nur noch eine Frage an Sie richten. Sie waren Ruestungsminister innerhalb des Vierjahresplanes. Was hat es damit auf sich?

A: Der Ruestungsbevollmaechtigte im Vierjahresplan wurde ebenfalls im Maerz 1942 von Goering, auf meinen Vorschlag hin geschaffen, und ich wurde zum Ruestungsbevollmaechtigten ernannt. Dies war eine Formsache. Es war allgemein bekannt, dass Goering mit Todt, meinem Vorgaenger, Streitigkeiten hatte, da ihm die Ruestung im Vierjahresplan nicht unterstand. Ich habe mich diesem Ruestungsbevollmaechtigten Goerings offiziell unterstellt. Tatsaechlich ist der Ruestungsbevollmaechtigte nicht wirksam geworden. Ich hatte Moeglichkeit, Weisungen als Ruestungsbevollmaechtigter herauszugeben. Ich hatte als Minister genuegend Auto-

H0379 – 0013

ritaet, und habe es nicht notwendig, mich dabei der Autoritaet des Vierjahres-planes zu bedienen.

DR. FLAECHSNER: Zur Erleichterung des Gerichtes ist es vielleicht gestattet, bei der Frage der Zentralen Planung darauf hinweisen zu duerfen, dass sich Zeuge Schieber in Fragebogen unter Nr. 4 und 45, der Zeuge Kerrl sich unter Nr. 2 dazu geaeussert hat.

Ich komme jetzt zu der Frage der Verantwortlichkeit fuer die Zahlen der auslaendischen Arbeiter allgemein.

F: Herr Speer, die Anklage erhebt den Vorwurf, dass Sie an der nach Deutschland gekommenen Gesamtzahl auslaendischer Arbeiter mitverantwortlich sind. Ihr Mitangeklagter Sauckel hat hierzu ausgesagt, dass er vordringlich fuer Sie gearbeitet haette, sodass seine Taetigkeit vor allem durch Ihren Bedarf in der Spitze bestimmt worden sei. Was haben Sie dazu festzustellen?

A: Selbstverstaendlich habe ich von Sauckel erwartet, dass er den Bedarf der Ruestung vordringlich abdeckt, aber es kann nicht davon die Rede sein, dass er meinen Bedarf in der Spitze abgedeckt hat, denn ich habe ab Fruehjahr 1943 nur einen Teil der Arbeitskraefte erhalten, den ich benoetigt haette. Wenn mein Spitzenbedarf abgedeckt worden waere, haette ich alles erhalten muessen. Ich brauche hierzu nur ein Beispiel nennen: Es sind in der gleichen Zeit 200 000 Ukrainerinnen fuer die Haushalte bereitgestellt worden. Es ist sicher, dass ich damals der Meinung war, dass diese besser in der Ruestung beschaeftigt wuerden. Es ist weiter klar, dass die Reserven an deutschen Arbeitskraeften nicht ausgenutzt waren; diese waren ab Januar 1943 immer noch reichlich vorhanden. Ich hatte ein Interesse an deutschen Arbeitskraeften -auch an Frauen-. Auch diese Nichtausnutzung der deutschen Reserve-Arbeitskraefte zeigt, dass ich nicht fuer die Abdeckung des Spitzenbedarfs, fuer die Forderungen an auslaendischen Arbeitskraeften, insgesamt verantwortlich gemacht werden kann.

DR. FLAECHSNER: Ich darf darauf hinweisen, dass sich über die Fragen in den Fragebogen der Zeuge Schmelte zu Punkt 12, 13 und 16, der Zeuge Schieber zu Punkt 22, der Zeuge Roland zu Punkt 1 und 4, und der Zeuge Kerrl zu Punkt 9 geaeussert haben.

F: Herr Speer, wenn Sie, oder Ihre Dienststelle, Arbeitskraefte anforderten, dann wussten Sie doch, dass da auslaendische Arbeitskraefte enthalten sein wuerden.

H0379 - 0014

Brauchten Sie diese auslaendischen Arbeitskraefte?

A: Ich brauchte sie nur zu einem Teil, von meinen Produktionsbeduerfnissen aus gesehen. So konntenzum Beispiel die Kohlenbergwerke nicht ohne russische Kriegsgefangene auskommen. Hier waere es unmoeglich gewesen, die Reserven an deutschen Arbeitskraeften, die in der Hauptsache aus Frauen bestanden, einzusetzen. Es gab weiter gewisse Spezialgebiete, bei denen es erwuenscht war, auslaendische Facharbeiter zu haben, aber die Mehrzahl der Arbeitskraefte konnte durch Deutsche, auch durch Frauen, gestellt werden. Dies wurde in der Ruestung England's, Amerika's und sicher auch in der Sowjet-Union, in grossem Umfange durchgefuehrt.

VORSITZENDER: Fahren Sie fort, Dr. Flaechsner, Sie brauchen nicht zu warten.

DR. FLAECHSNER: Ja. Ich werde auf den Dokumentenbeweis noch ausfuehrlich zurueckkommen.

F: Ich moechte, Herr Speer, noch einmal auf Ihre Aussage vom 18. Oktober 1945 zurueckkommen. Sie haben darin mehrmals bestaetigt, dass Sie wussten, dass die Arbeitskraefte aus den besetzten Gebieten gegen Ihren Willen nach Deutschland kamen. Die Anklage behauptet nun, dass Sie die Anwendung von Zwang und Terror gebilligt haetten. Was haben Sie hierzu zu sagen?

A: Ich hatte auf die Art und Weise, wie die Arbeitskraefte beschaeftigt wurden keinen Einfluss. Wenn die Arbeitskraefte gegen ihren Willen nach Deutschland kommen, so verstehe ich darunter, dass sie durch gesetzliche Massnahmen verpflichtet wurden, Arbeit fuer Deutschland anzunehmen. Ob diese gesetzlichen Massnahmen berechtigt waren, oder nicht, habe ich damals nicht untersucht. Dies war ja auch nicht meine Angelegenheit. Unter Anwendung von Zwang und Terror verstehe ich dagegen polizeiliche Massnahmen, wie Festnahmen, Razzien, und dergleichen. Diese Gewaltmassnahmen billigte ich nicht. Das geht auch aus meiner Stellungnahme in der Besprechung bei Lammers vom 11. Juli 1944 hervor. Ich stellte mich damals auf den Standpunkt, dass weder eine Erhoehung der Polizeikraefte, noch Razzien, noch Gewaltmassnahmen richtig seien. In diesem Dokument bin ich gleichzeitig als einer derjenigen aufgefuehrt, die gegen die dort vorgeschlagenen Gewaltmassnahmen ihre Bedenken geaeussert haben.

VORSITZENDER: Wo ist das Dokument?

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, das ist Dokument 3819-PS, welches die An-

H0379 – 0015

klagebehoerde im Kreuzverhoer, ich glaube dem Angeklagten Keitel und dem Angeklagten Sauckel, vorgelegt hat. Ich habe es ins Dokumentenbuch nicht aufgenommen.

F: Herr Speer, warum waren Sie gegen derartige Gewaltmassnahmen?

A: Weil durch Gewaltmassnahmen dieser Art ein geordneter Arbeitseinsatz in den besetzten Gebieten zerschlagen werden musste. Ich hatte aber ein Interesse an einer geordneten Produktion in den besetzten Gebieten. Bei Gewaltmassnahmen ging mir die Arbeitskraft in den besetzten Gebieten verloren, denn es bestand die Gefahr, dass sie sich in zunehmendem Masse in die Waelder fluechteten, um nicht nach Deutschland zu muessen, und dass sie die Reihen der Widerstandsbewegung staerkten. Dies aber fuehrte zu erhoehter Sabotage, und das wieder zur Einschraenkung der Produktion in den besetzten Gebieten. Daher waren sowohl der Militaerbefehlshaber, wie die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen, als auch ich, immer wieder gegen diese vorgeschlagenen Gewaltmassnahmen grosseren Stils.

F: Waren Sie an der Arbeiterwerbung aus verschiedenen Laendern besonders interessiert und warum?

A: Ja, ich war an der Arbeiterwerbung aus Frankreich, Belgien, Holland, also aus dem Westen und aus Italien besonders interessiert, denn der Generalbevollmaechtigte fuer den Arbeitseinsatz hatte ab Fruehjahr 1943 festgelegt, dass in der Hauptsache die Arbeitskraefte aus diesen Gebieten fuer die Ruestung zur Verfuegung gestellt werden sollten. Dagegen sollten die Arbeitskraefte aus dem Osten fuer die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und fuer den Bahnbau vorwiegend verwendet werden. Diese Festlegung hat Sauckel mir gegenueber auch noch im Jahre 1944 mehrmals wiederholt.

DR. FLAECHSNER: Ich darf hierzu auf das Dokument 3012-PS -- es ist USA Exhibit 190 -- verweisen. Es befindet sich auf Seite 19 des englischen und Seite 16 des franzoesischen Textes meines Dokumentenbuches. Ich zitiere aus der Besprechung mit der Wirtschaftsinspektion Sued in Russland: Peukert, der Beauftragte Sauckels fuer Russland legt darin fest. Ich zitiere:

"Es ist vorgesehen, die Arbeitskraefte aus den Ostgebieten vor allem in der Land- und Ernaehrungswirtschaft, die Arbeitskraefte aus dem Westen (insbesondere die von Minister Speer benoetigten Fachkraefte) der Ruestungswirtschaft zuzufuehren." (Ende des Zitats)

Und ferner im Dokument 1289-PS -- das ist Exhibit RF-71 -- und ist wiederge-

H0379 - 0016

geben auf Seite 42 des englischen Textes meines Dokumentenbuches, Seite 39 des franzoesischen und deutschen Textes. Es handelt sich um einen Vermerk Sauckels vom 26. April 1944.

Ich zitiere:

"Nur durch erneute Mobilisierung der Reserven in den besetzten Westgebieten kann der dringende Qualitaetsarbeiterbedarf der deutschen Ruestung befriedigt werden. Die Reserven aus anderen Gebieten reichen dafuer qualitaets- und zahlenmaessig nicht aus. Sie werden dringend benoetigt fuer den Bedarf der Landwirtschaft, der Verkehrswirtschaft und der Bauwirtschaft. Die Arbeitskraefte aus dem Westen sind bereits von jeher zu 75% der Ruestung zugefuehrt worden."

(Ende des Zitats)

VORSITZENDER: Dr. Flaechsner, wenn ich fuer mich selbst sprechen darf, ich weiss wirklich nicht, welches Problem Sie zu loesen versuchen oder worueber Sie diskutieren. Worin liegt die Wichtigkeit? Es ist doch ganz gleich ob sie vom Westen oder vom Osten kamen. Ich verstehe unter der Streitfrage oder unter der Streitfrage des Angeklagten, dass die Ruestungsindustrie unter der Genfer Konvention eine Vielheit der Industriezweige nicht einschliesst, die vielleicht einmal in die Ruestung uebergehen. Sie bezieht sich nur auf Dinge, die direkt mit Munition zu tun haben. Wenn Sie aber diese Diskussion hier schon vorbringen, warum verweisen Sie uns dann auf so ein Beweisstueck. Ich moechte das gerne wissen, denn ich verstehe nicht, auf was Sie hinaus wollen.

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, das ist die Vorbereitung fuer die Frage, auf die wir jetzt kommen, naemlich die der Sperrbetriebe. Durch die Einrichtung der Sperrbetriebe wollte Speer, wenn ich mich so ausdruecken darf, die Uebertragung von Arbeitern aus dem Westen nach Deutschland praktisch abstoppen. Deswegen muss ich vorher dartun, dass bisher seine Arbeiter, die Arbeiter fuer seine Betriebe, sofern sie aus dem Auslande kamen, vorwiegend aus dem Westen kamen.

Ich will darlegen---

VORSITZENDER: (unterbrechend) Wenn wir nun annehmen, er wollte es unterbinden, dass sie von Westen kamen, was fuer einen Unterschied wuerde das machen?

DR. FLAECHSNER: Es wird Speer zur Last gelegt, Herr Praesident, dass er aktiv an der Deportation von Arbeitern aus dem Westen fuer seine Ruestungszwecke

H0379 - 0017

taetig gewesen sei. Nun kommt es auf das Datum an. Vom Jahre 1943 ab hat er eine andere Politik verfolgt und vorher, wie ja wohl aus der fruecheren Beweisaufnahme schon hervorgeht, die Arbeiter, die nach Deutschland gekommen sind, in weitgehendem Masse freiwillige Arbeiter gewesen sind.

VORSITZENDER: Selbstverstaendlich. Wenn Sie beweisen koennen, dass sie alle freiwillige Arbeiter waren, dann wuerde dies erheblich und wesentlich sein, aber Sie lenken Ihre Beweisfuehrung absolut nicht auf das.

DR. FLAECHSNER: Das ist aber der Endzweck meiner Beweisfuehrung Herr Praesident. Ich moechte gerne diesen Beweis fuehren, soweit es moeglich ist.

VORSITZENDER: Ich will Ihnen nur sagen, dass ich nicht verstehe, wo das hinfuehrt.

Fahren Sie weiter, warten Sie nicht länger.

Durch Dr. Flaechsner:

F: Herr Speer, vom Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz ist Italien und die besetzten Gebiete als die Laender bezeichnet worden, aus denen in der Hauptsache die auslaendischen Arbeiter fuer Ruestungszwecke gestellt worden sollten. Wie weit billigten Sie in diesen Laendern Sauckels Massnahmen?

A: Bis zum Fruehjahr 1943 billigte ich sie in vollem Umfange. Bis zu diesem Zeitpunkt waren auch keine sichtbaren nachteiligen Folgen fuer mich eingetreten. Vom Fruehjahr 43 ab wurde die Ablehnung der Arbeitskraefte, nach Deutschland zu gehen, bei der Arbeiterschaft des Westens groesser. Das haengt vielleicht zusammen mit der Niederlage bei Stalingrad und mit den verstaerkten Fliegerangriffen auf Deutschland. Bis zum Fruehjahr 1943 wurde nach meiner Kenntnis der Arbeitsverpflichtung mehr oder weniger willig nachgekommen. Vom Fruehjahr 1943 ab jedoch kam oft nur noch ein Teil der aufgerufenen Arbeiter zu den Werbestellen. Ich fuehrte daher ab Juni 1943 durch den Militaerbefehlshaber in Frankreich die sogenannten Sperrbetriebe ein. Belgien, Holland und Italien folgten bald mit dieser Einrichtung nach. Wichtig ist, dass jeder Arbeiter, der in einem der Sperrbetriebe beschaeftigt war, automatisch von einem Einsatz nach Deutschland ausgenommen war und dass auch jeder Arbeiter, der nach Deutschland aufgerufen war, in einen Sperrbetrieb in seinem Lande gehen konnte, ohne dass den Organen des Arbeitseinsatzes die Moeglichkeit gegeben war, diese wieder aus diesen Betrieben herauszuholen.

H0379 - 0018

F: Welche Folgen hatte das fuer die Arbeiterwerbung in den besetzten Westgebieten?

A: Der Arbeitseinsatz in den besetzten Westgebieten nach Deutschland ist nach der Einfuehrung der Sperrbetriebe auf einen Bruchteil abgesunken. Waehrend vorher im Monat 80 - 100 000 Arbeitskraefte z.B. von Frankreich nach Deutschland kamen, ist nach der Einfuehrung der Sperrbetriebe diese Zahl auf 3-4 000 im Monat, also auf eine unerhebliche Zahl abgesunken, wie aus dem Dokument RF 22 hervorgeht. Es ist klar und muss dazu gesagt werden, dass die Verringerung dieser Zahlen selbstverstaendlich auch mit ein Ergebnis der Widerstandsbewegung ist, die im Westen in dieser Zeit anfaengt, sich auszubreiten.

F: Haben Sie und Ihre Dienststelle zu diesem Zeitpunkt die Politik Sauckels gebilligt?

A: Nein, es gab in dieser Zeit die ersten schweren Differenzen ueber die Sperrung dieser Arbeiter fuer den Arbeitseinsatz nach Deutschland. Das kam daher, dass die Verluste an Arbeitskraeften, die ich in der Produktion der besetzten Gebiete hatte, groesser war, als die Arbeitskraefte, die von den besetzten Gebieten des Westens nach Deutschland kamen. Das geht aus dem Dokument RF 22 hervor, nach dem noch im Jahre 1943 und zwar vorwiegend in der ersten Haelfte des Jahres etwa 400 000 Arbeitskraefte von Frankreich nach Deutschland gekommen sind, die Produktion Frankreichs aber in derselben Zeit um 800 000 Arbeitskraefte abnahm und der fuer Deutschland arbeitende Anteil der Arbeitskraefte in der franzoesischen Produktion um 450 000 Arbeitskraefte abnahm.

F: Warum verlangten Sie im Sommer 1943 die Uebernahme der deutschen Gesamtproduktion vom Wirtschaftsministerium ?

A: In der deutschen Produktion lag nach meiner Ansicht noch eine erhebliche Reserve, da die deutsche Friedenswirtschaft noch nicht in genuegendem Umfange auf die Kriegswirtschaft umgestellt war. Neben den deutschen Frauen lag meiner Ansicht nach hier die groesste Reserve des innerdeutschen Arbeitseinsatzes.

F: Was unternahmen Sie als Sie vom Wirtschaftsministerium die gesamte Produktion uebertragen erhielten ?

A: Ich hatte damals bereits folgende Plaene: In Deutschland wurde ein grosser Teil der Industrie mit der Produktion von sogenannten Verbrauchsguetern beschaeftigt. Verbrauchsgueter sind z.B. Schuhe, Kleider, Moebel und andere Bedarfsartikel fuer die Wehrmacht und fuer den zivilen Bedarf. In den besetzten Westgebieten dagegen lagen die Kapazitaeten fuer diese Fertigung still. Sie waren nicht ausgenutzt, weil die Rohstoffe fehlten. Diese Industrien hatten - aber gerade in den besetzten Westgebieten einen besonders hohen Stand. Ich habe in Durchfuehrung dieser Plaene die in Deutschland erzeugten Rohstoffe wie z. B. die kuenstliche Wolle den deutschen Betrieben entzogen und sie nach dem Westen geliefert. Es sollte im Endergebnis dadurch eine Million Arbeitskraefte im Lande mehr in Arbeit gebracht werden und dadurch konnte ich in Deutschland eine Million Arbeitskraefte fuer die Ruestung gewinnen.

H0379 - 0019

H0379-0020

F: Wollten Sie die Ruestungsproduktion nicht auch in Frankreich steigern bezw. foerdern ?

A: Nein, alle diese Plaene waren misslungen. Es ist der franzoesischen Regierung vor dem Ausbruch des Krieges nicht gelungen, eine Ruestungsproduktion in Frankreich aufzuziehen und ich bin an dieser Aufgabe, fuer meine Organe auch an dieser Aufgabe gescheitert.

F: Was beabsichtigten Sie mit diesem neuen Plan, welchen Vorteil brachte er fuer Sie ?

A: Ich will es ganz kurz ausfuehren. Ich konnte durch diesen Plan in Deutschland ganze Betriebe fuer die Ruestung stillegen und bekam dadurch nicht nur Arbeitskraefte sondern Fabrikraeume, Verwaltungspersonal frei; ich bekam Strom, Verkehrsvolumen frei und zu dem hatten diese Betriebe, da sie nie kriegswichtig waren, fast keine auslaendischen Arbeitskraefte erhalten, sodass ich dadurch fast ausschliesslich deutsche Arbeitskraefte in die deutsche Produktion bekam die mir natuerlich in der Ruestung wertvoller, bedeutend wertvoller waren wie jede auslaendischen Arbeitskraefte.

F: Brachte ein solcher Plan nicht fuer deutsche industrielle Entwicklung Gefahren und Nachteile mit sich ?

A: Die Nachteile waren erheblich, da jede Stillegung eines Betriebes eine Herausnahme der Maschineneinrichtungen bedeutet und nach Beendigung des Krieges dann eine Umstellung dieser Betriebe auf die Friedenswirtschaft mindestens sechs bis acht Monate in Anspruch nimmt.

Ich habe damals auf einer Gauleitertagung in Posen ausgefuehrt, dass wir, wenn wir in diesem Krieg Erfolg haben wollen auch diejenigen sein muessen, die das groessere Opfer auf sich nehmen.

F: Und wie wurde dieser Plan in die Wirklichkeit umgesetzt?

VORSITZENDER: Dr. Flaechsner, was gehen dem Gericht diese Einzelheiten an ? Was kuemmern wir uns darum, ob seine Plaene wirkungsvoll waren. Die einzige Frage, die dieser Gerichtshof entscheiden muss ist, ob diese gesetzlich waren oder in Uebereinstimmung mit dem Charter oder mit dem Voelkerrecht. Es ist unwesentlich, ob seine Plaene gut waren oder schlecht oder welches die Einzelheiten dieser Plaene waren, ausgenommen wie weit sie gesetzlich oder ungesetzlich waren.

H0379-0021

DR. FLAECHSNER: Jawohl, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Es ist nur eine Zeitverschwendung, wenn Sie in diese Einzelheiten des Planes eingehen.

DR. FLAECHSNER: Ich wollte dartun, dass die Tendenzen oder sagen wir die Tendenz, die der Angeklagte mit der Arbeitseinsetzpolitik verfolgte eben die war, den Auslaender in seiner Heimat zu beschaeftigen und die deutschen Reserven ausschliesslich fuer seine eigenen Zwecke fuer die letzten Zwecke der Ruestung fuer sich in Anspruch zu nehmen; also was nicht unbedingt - - -

VORSITZENDER: Aber Dr. Flaechsner, dies ist eine Frage der Wirksamkeit, nicht der Gesetzmaessigkeit. Er sagt, dass er viele deutsche Arbeiter hatte, gute Arbeiter und diese produzierten Verbrauchsgueter, nicht Waffen. Er dachte, es sei besser seine Industrien so einzurichten, dass die Arbeiter in Frankreich oder in den anderen westlichen Laendern verbleiben konnten.

Was haben wir damit zu tun ? Wenn sie gezwungen wurden dort zu arbeiten, denn ist das genau so ungesetzlich als wie wenn diese fuer Sklavenarbeit nach Deutschland gezwungen worden waeren. Dies zu mindest ist der Vorwurf der Anklage.

DR. FLAECHSNER: Ja, ich dachte aber und glaube - - -

VORSITZENDER: Wir werden uns jetzt vertagen.

(Gerichtspause)

VORSITZENDER: Das Gericht wird den Verteidiger um 2 Uhr morgen Nachmittag anhoeren und zwar betreffs der Frage, wie die Zeit fuer die Plaidoyers eingeteilt werden soll.

DR. FLAECHSNER: Herr Speer, wollen Sie uns kurz zusammenfassend sagen, wie Sie mit Herrn Bichelonne, dem franzoesischen Wirtschaftsminister, ueber Ihr Programm sich geeinigt haben? Aber wollen Sie das bitte zusammenfassen.

A: Sofort nach Uebernahme der Produktion im September 1943 habe ich mit Bichelonne vereinbart, dass ein grosses Verlagerungsprogramm von Deutschland nach Frankreich nach dem von mir bereits geschilderten System zur Durchfuehrung kommt. Bichelonne erklaerte in einer anschliessenden Besprechung, dass er zwar nicht autorisiert sei mit

H0379 - 0022

mir ueber den Arbeitseinsatz zu sprechen. Ihm jedenfalls habe Minister Laval das ausdruecklich untersagt. Er muesse darauf aufmerksam machen, dass eine Fortsetzung der Arbeiterwerbungen im bisherigen Umfang das zwischen uns besprochene Programm unmoeglich machen wuerde. Ich war derselben Meinung. Wir kamen dann ueberein, die gesamte franzoesische Produktion, von der Kohle angefangen bis zum Fertigprodukt, zu Sperrbetrieben zu erklaeren. Wir waren ueber beide Dinge damals vollstaendig im Klaren, dass dies den Arbeitseinsatz in Deutschland fast unmoeglich machen werde, denn wie ich bereits gesagt habe, stand es jedem Franzosen frei nach einem Aufruf nach Deutschland in einen dieser Sperrbetriebe zu gehen. Ich gab Bichelonne mein Wort, dass ich diese Linie auf weite Sicht einhalten werde, und dieses Wort habe ich ihm trotz aller Schwierigkeiten gehalten."

F: Herr Praesident, in Verbindung damit moechte ich zitieren aus dem Dokumentenbuch R - 124 USA Exhibit 179, es ist auf Seite 37 des englischen Textes. Es handelt sich da um eine schon mehrfach bekannte Rede Sauckels vor der Zentralplanung. Ich zitiere daraus nur: "Meine Dienststellen in Frankreich haben mir, als ich hinkam, erklaert: "Alles ist hier zu Ende, es ist zwecklos weiterzumachen, es wird in den Praefekturen hier gesagt: Der Minister Bichelonne hat mit Speer ein Abkommen getroffen, wonach nur noch franzoesische Arbeiter fuer den Einsatz in Frankreich in Frage kommen und nach Deutschland keine mehr zu gehen brauchen. Das traf zusammen mit der ersten grossen Verhandlung."

Ende des Zitats.

F: Herr Speer, welche Folgen traten nun fuer das Arbeitsprogramm zwischen Deutschland und Frankreich ein.

A: Ich habe bereits geantwortet, dass beginnend vom 1. Oktober ab das Werben von Arbeitern fast vollstaendig stillgelegt wurde.

F: Ueber die Wirkung dieses Speer-Bichelonne-Planes und die Tendenz, die von Sperrverfolgt wurde in Verbindung mit den verschiedenen Versuchen, dies auszufuehren, werde ich spaeter sprechen und zwar gestuetzt auf Dokumente. Jetzt werde ich deshalb nicht fortsetzen mit

H0379 – 0023

der Frage dieses Themas, mich lediglich darauf beschraenken, aus dem amtlichen franzoesischen Dokument RF 22, das ist Seite 20 des englischen Textes meines Dokumentenbuches, Seite 17 des deutschen und franzoesischen Textes. Ich zitiere:

Es heisst dort in dem Bericht, ich zitiere: "Schliesslich setzte eine wahre Feindseligkeit zwischen Sauckel und Speer ein, welcher mit der Organisation der Zwangsarbeiter in den besetzten Gebiten beauftragt war."

Und einige Zeilen weiter: " Der Vorzug des Erstgenannten ueber den Zweiten, der sich im Laufe der Besetzungsmonate immer deutlicher bemerkbar machte, erleichterte weitgehendst den Widerstand der Angriffe. "Ausserdem geht aus diesem Text hervor, dass mit dem Erstgenannten und dem Militaerkommando. . .

VORSITZENDER: Aber das ist doch alles cumulativ. Sie haben das alles schon drei bis vier Mal bewiesen.

F: Gut. Ich werde nicht weiter fortsetzen.

Um einen Irrtum richtizustellen, Herr Speer, moechte ich Sie ueber das Dokument befragen. Hatten Sie etwas mit demOrganisieren der franzoesischen Zwangsarbeiter zu tun ?

A: Nein, die Organisation der Arbeiter in Frankreich unterstand mir nicht.

F: Sie haben schon angedeutet, dass dieses Verlagerungsprogramm nicht nur auf Frankreich beschraenkt war. Wollen Sie mir angeben, auf welche Laender es noch ausgedehnt wurde ?

A: Ich fasse beide letzten Fragen zusammen :
Das Programm wurde ausgedehnt auf Belgien, Holland, Italien, Tschechoslovakei. Dort wurden auch die gesamten Produktionen zu Speerbetrieben erklaert und diese wurden mit dem gleichen Schutz fuer die Arbeitsplaetze ausgestattet, wie in Frankreich auch. Auch nach der Sitzung bei Hitler vom 4. Januar 1944, in der das neue Programm fuer das Jahr 1944 fuer den Westen festgelegt wurde. Ich hielt an dieser Politik fest. Die Folge davon war, dass im ersten Halbjahr des Jahres 1944 von Frankreich nach Deutschland rund 33 000 Arbeitskraefte kamen gegenueber 500 000 Arbeitsplaetzen, die vorgesehen waren in dieser

H0379 - 0024

Besprechung, und von den anderen Laendern auch etwa nur 10% der vorgesehenen Arbeitskraefte nach Deutschland kamen.

F: Wie war es mit den Zahlen der einzelnen Arbeitskraefte aus dem Protektorat ?

A: Ueberall gab es nur einen Bruchteil von dem vorgesehenen.

F: Es ist von der Anklagebehoerde eine Dokument 1739-PS Exhibit RF 10 vorgelegt worden. Es befindet sich auf Seite 23 des englischen Textes meines Dokumentenbuches, vom Dezember 1942. Ferner ist ein Dokument 1290-PS auf Seite 24, des englischen Textes vorgelegt worden. Aus diesen Urkunden scheint hervorzugehen, dass nach eigenen Feststellungen Sauckel vom Beginn seiner Taetigkeit bis einschliesslich Maerz ein Ueberangebot von Arbeitskraeften vorlag. Stimmt das ?

A: Das stimmt.

F: Aus Dokument 16-PS USA Exhibit 168, es befindet sich auf Seite 25 des englischen Textes meines Dokumentenbuches, geht weiter hervor, dass Sauckel den Einsatz der deutschen Frauen fuer die gesamte Ruestung nicht befuerwortet hat, dagegen im Sommer 1942 mehrere Hunderttausend Ukrainerinnen fuer Deutschland als Hausgehilfinnen zur Verfuegung stellte.

Diese drei Dokumente zeigen zusammen, dass Speer in seinem Ministerium, nicht fuer die Gesamtzahl wie ueberhaupt fuer die Zahl der nach Deutschland gekommenen Arbeitskraefte verantwortlich gemacht werden kann.

Ich moechte ferner ein Dokument ueberreichen als "Speer 02 Exhibit Nr. 8 des Dokumentenbuches, Herr Praesident. Ich bezeichne es als o2 und befindet sich auf Seite 26 des englischen Textes. Es ist eine Sitzung der Zentralplanung.

VORSITZENDER: Herr Dr. Flaechsner, Sie haben uns die Exhibit Nummer der verschiedenen Dokumente noch nicht gegeben und Sie bieten sie nicht in der vorgeschriebenen Weise als Beweismittel an. Sie sprechen jetzt von o2, das ist eine Nummer, die fuer uns garnicht in Frage kommt.

F: Dann darf ich diese Urkunden als Exhibit Nr. 8 ueberreichen.

VORSITZENDER: Und wie steht es mit dem anderen Dokument Nr. 4,

H0379-0025

oh, es ist schon drin. Es waere wohl das beste wenn Sie uns eine Liste nachher geben wuerden, worin die richtigen Exhibit Nummern angegeben sind fuer alle diese Dokumente, auf die Sie sich beziehen.

DR. FLAECHSNER: Jawohl Herr Praesident. Das werde ich tun.

Ich moechte zitieren, es "handelt sich um eine Bemerkung Speers, "Dazu ist es wieder noetig, dass wir neue deutsche Arbeitskraefte, auch ungelernte Kraefte in die Betriebe bringen. Denn ich kann nicht alles, was wir an Soldaten abgeben muessen, durch Auslaender ersetzen. Die deutschen Angebote werden einfach immer geringer. In der Munitionsproduktion platzt heute ein Fass und morgen ein anderes. Und wir wissen nicht, woher das kommt. Es wird wohl der Sabotage zuzuschreiben sein, Sabotagefaelle waren schon vorgekommen. Die Massnahmen, die ergriffen werden muessen, um mindestens 1 Million Deutscher in die Ruestungsbetriebe zu ueberfuehren, sind ausserordentlich hart und werden nach meiner Auffassung auch den gesamten Lebensstandart der oberen Schichten herabdruecken. Das bedeutet also, dass wir fuer die Dauer des Krieges, ganz grob gesagt, verproletarisieren, wenn der Krieg noch lange dauert. Dieser Sache muss man kueh und nuechtern ins Auge sehen. Es bleibt also nichts anderes uebrig". Zwei Auffassungen Speers von einer scharfen Ausnuetzung der Reserven von Arbeitskraeften innerhalb Deutschlands wurden bis zum Sommer 194 nicht verwirklicht. Und dies war sein Streitpunkt zwischen Speer einerseits und Sauckel und den Gauleitern andererseits. Hierueber befassen sich die Aussagen der Zeugen in den Fragebogen. Ich darf zur Erleichterung des Berichts verweisen, bei Schieber ist es die Antwort auf Frage 22, bei Roland die Frage zu 1 und 4, bei Kerrl die Antwort Nr.9, bei Schmelte die Frage 13 und 16. Ich kann leider nicht die Seitenzahl des englischen Buches angeben Herr Praesident, ich habe das noch - - -

VORSITZENDER (unterbrechend): Von welchem Dokument sprechen Sie

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, es sind die Fragebogen im Ergaenzungsband meines Dokumentenbuches, von dem ich hoffe, dass es jetzt dem Gericht vorliegt.

VORSITZENDER: Ja, stimmt.

H0379 - 0026

DR. FLAECHSNER: Im einzelnen moechte ich mir vorbehalten die Dokumente am Schluss meiner Fragen in Dito zu ueberreichen. Ich habe mir nur erlaubt auf die Punkte hinzuweisen, in denen sich die Zeugen dazu geaeussert haben.

VORSITZENDER: Sehr gut.

DR. FLAECHSNER: Ueber die verschiedenen Auffassungen von Sauckel und Speer unterrichtet weiterhin eine Besprechung Speer's auf der Sitzung der zentralen Planung vom 21. Dezember 1943.

Es ist auf Seite 27 des englischen Textes meines Dokumentenbuches. Es wird bei mir Exhibit Nr. 9. Ich zitiere ---

VORSITZENDER: Sie brauchen es nicht zitieren, Dr. Flaechsner. Ich glaube, ich habe Ihnen das schon deutlich genug erklaert. Die Guete oder Schlechte dieser Plaene interessiert uns nicht.

DURCH DR. FLAECHSNER: F: Herr Speer, ein wichtiges Dokument der Anklage ist die Niederschrift der Sitzung bei Hitler am 4. Januar 1944, die unter Nr. 1292 PS als US-Exhibit Nr. 225 eingereicht worden ist. Ich darf Bezug nehmen auf Seite 28 des englischen Textes meines Dokumentenbuches. Wie kam diese Sitzung zustande?

A: Sie wurde auf Wunsch Hitler's einberufen.

F: Aus welchem Grunde?

A: Um die Streitigkeiten zwischen Sauckel und mir zu beenden.

F: Was war die Entscheidung Hitler's?

A: Die Entscheidung war ein unbrauchbarer Kompromiss wie oft bei Hitler. Die Sperrbetriebe sollten aufrecht erhalten werden, und Sauckel liess sich den Auftrag geben 3½ Millionen Arbeiter aus den besetzten Gebieten zu holen. Hitler gab schaerfste Weisung ueber OKW an die Militaerbefehlshaber den Forderungen Sauckel's mit allen Mitteln nachzukommen.

F: Waren Sie mit dieser Entscheidung einverstanden?

A: Nein, keineswegs; denn mit dieser Durchfuehrung musste das Verlagerungs-Programm nach dem Westen zusammenbrechen.

F: Was unternahmen Sie darauf?

A: Ich unterrichtete im Gegensatz zu der Entscheidung Hitler's in dieser Richtung den Militaerbefehlshaber in dem Sinne, sodass bei dem zu erwartenden Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht an den Militaerbefehlshaber dieser zwei Auslegungen der Sitzung auf seinen Tisch hatte. Da der Militaerbefehlshaber mehr

H0379 - 0027

in meinem Sinne eingestellt war, war zu erwarten, dass er auch meiner Linie folgen wird.

F: Ich darf hierzu ein Dokument ueberreichen, welches sich auf Seite 26 des deutschen und franzoesischen Textes befindet. Es handelt sich um das Fernschreiben Speer's an den General Studt in Paris. Es wird Exhibit Nr. 10. Aus dem Schreiben geht zweierlei hervor. Erstens, Speer schreibt. Ich zitiere: "Hinsichtlich der besetzten Westgebiete wird Gauleiter Sauckel zunaechst mit den zustaendigen Stellen in Verbindung treten, um die Art und Moeglichkeit der Durchfuehrung zu klaeren."

VORSITZENDER: Wozu wird das jetzt verlesen?

DR. FLAECHSNER: Herr Vorsitzender, die Anklagebehoerde hat diese Urkunde Nr. 1292 PS vorgelegt um zu beweisen ---

VORSITZENDER: Der Angeklagte hat uns doch gerade gesagt, was in dem Dokument steht. Er hat es dem Sinne nach erklaert und wir verstehen vollkommen die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Sauckel.

DR. FLAECHSNER: Dieses Dokument zeigt nun den Entschluss von Seiten des Angeklagten, naemlich seinen Entschluss, der dem Entschluss Hitler's entgegen arbeiten oder jedenfalls abschwaechen sollte. In diesem Entschluss sagte der Angeklagte an den General Studt ---

VORSITZENDER: Herr Dr. Flaechsner, das Gericht hat Ihnen deutlich genug gezeigt, welchen Standpunkt wir in dieser Sache haben, in der Frage der verschiedenen Plaene und Ansichten zwischen Sauckel und Speer. Warum gehen Sie nicht auf einen anderen Punkt Ihres Falles ueber, wenn so einer noch besteht?

DR. FLAECHSNER: Herr Vorsitzender, ich will auch nicht hier die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beiden erklaeren, sondern ich will dartun, was Speer unternommen hat, um seinen Standpunkt in der Praxis zur Durchfuehrung zu bringen.

VORSITZENDER: Ja, das Gericht findet, dass das unerheblich ist. Wie ich schon gerade betont habe, hat der Angeklagte uns erklaert, was er unternommen hat. Es ist nicht notwendig, dass wir es nochmals vorgelesen bekommen.

DR. FLAECHSNER: Jawohl. Ich lege dann weiter ein Dokument vor, welches auf Seite 30 des englischen Textes meines Dokumentenbuches, Seite 27 des deutschen und franzoesischen Textes ist. Es handelt sich um ein Schreiben Speer's an Sauckel vom 6. Januar und in diesem Schreiben wird festgelegt, dass fuer

H0379 - 0028

.die in Frankreich beschaeftigten Betrieb der franzoesischen Industrie sofort 400.000 Arbeitskraefte und weitere 400.000 Arbeitskraefte in den naechsten Monaten zu reservieren sind, diese also der Deportation entzogen werden.

DURCH DR. FLAECHSNER: F: Welche Folgen hatten diese beiden Schreiben, Herr Speer, auf den Befehl Hitler's, eine Million Arbeitskraefte allein aus Frankreich nach Deutschland zu bringen?

A: Ich glaube, ich moechte am liebsten den ganzen Komplex zusammenfassen hier und kurz einige Worte darueber sagen. Es gab bei uns eine Technik wie man Befehle Hitler's, die ungequem waren, umgehen konnte. Jodl hatte bereits ausgesagt, dass ER auf seinem Gebiet eine derartige Technik auch entwickelt habe. Natuerlich sind diese Schreiben nur fuer den Kenner klar was sie bedeuten und wie ihre Auswirkungen sein mussten.

Es geht weiter aus dem Dokument, das vorgelegt wird, aus der Rede Sauckels vom 1. Maerz 1944 hervor, wie diese Auswirkungen im Arbeitseinsatz in den besetzten Gebieten waren. Das Ergebnis ist klar und ich habe es bereits dargestellt. Ich glaube wir koennen auf Seite 49 weitermachen.

F: Herr Speer, koennen Sie mir Aufschluss geben ueber die Folgen der Fliegerangriffe in den besetzten Westgebieten?

A: Ja. Ich moechte einige Fragen zusammenfassen.

Der Beginn der Invasion wurde eingeleitet oder vorbereitet durch starke Fliegerangriffe in den besetzten Westgebieten. Die Folge war, dass ab Mai oder Juni 1944 die Produktion in Frankreich stillstand und dass eine Million Arbeitskraefte ohne Arbeit waren. Damit war fuer mich die Idee der Produktions-Verlagerung zusammengebrochen. Und nach den normalen Erwartungen auch der franzoesischen Dienststellen glaubte man nun, dass eine grosse Aktion nach Deutschland einsetzen wird.

Ich habe den Befehl gegeben, dass trotz dieser Stillegung der gesamten franzoesischen Industrie die Sperr- Betriebe weiter aufrecht erhalten blieben und zwar, obwohl ich als Fachmann wusste, dass eine Wiederinbetriebnahme wegen grosser Schaeden am Verkehrsnetz auch bei vollstaendigem Aussetzen der Fliegerangriffe nicht vor neun bis zwoelf Monaten moeglich sei. Ich handelte hier also gegen meine Interessen.

Die franzoesische Anklage bestaetigt das im Dokument RF-22, das die Stelle im Dokumentenbuch verzeichnet.

H0379 - 0029

Ich hatte zwischen 19. und 22. Januar bei Hitler eine Besprechung und liess mir eine Entscheidung geben, nach der die Arbeitskraefte inden besetzten Westgebieten, trotz der Transportschwierigkeiten auf jeden Fall an Ort und Stelle zu bleiben haben. Seyss-Inquart hatte bereits ausgesagt, dass wir fuer Holland eine gleiche Entscheidung getroffen haben. Wir haben auf meine Weisung den Arbeitskraeften in den Sperr-Betrieben sogar den Lohn weitergezahlt.

DR. FLAECHSNER: Ich reiche hierzu als Speer-Exhibit Nr. 12 einen Auszug aus der Fuehrerbesprechung vom 19. bis 22. Juni 1944 ein und bitte davon Kenntnis zu nehmen. Das Dokument befindet sich auf Seite 22 des englischen Textes meines Dokumentenbuches und bitte davon Kenntnis zu nehmen.

DURCH DR. FLAECHSNER: F: Herr Speer, Ihnen musste doch klar sein, dass mit der von Ihnen getroffenen Entscheidung mindestens eine Million Arbeitslose fuer laengere Zeit unproduktiv sein wuerden und zwar in den gesamten Westgebieten. Womit konnten Sie diese Entscheidung rechtfertigen?

A: Ich muss offen sagen, dass dies meine erste Entscheidung war, die ihre innere Begruendung in der katastrophal verschlechterten Kriegslage hatte. Die Invasion war gelungen, die schweren Fliegerangriffe auf die Produktion brachten entscheidende Einbruche. Damit war ein baldiges Kriegsende vorauszusehen und hierdurch fuer mich eine andere Situation eingetreten. Die Folgerungen aus dieser Situation werden in manchen anderen Beispielen im Verlaufe des Verfahrens von mir dargestellt werden. Hitler war selbstverstaendlich in dieser Zeit nicht dieser Meinung. Er glaubte im Gegenteil, dass allles getan werden muesste, um auch die letzten Kraefte einzusetzen.

F: Wollen Sie kurz Ihre Stellungnahme zu der Verhandlung vom 11. Juli 1944 geben, auf die wir schon vorhin einmal angespielt haben. Es war das Dokument Nr. 3819 PS. Aber nur ganz kurz.

A: Ich behielt in dieser Sitzung meinen Standpunkt bei. Ich verwies wieder auf die Reserven Deutschlands, wie aus dem Protokoll hervorgeht und gab die Entscheidung bekannt, dass die Transportschwierigkeiten keinen Einfluss auf die Produktion haben duerfen und, dass die Sperrbetriebe in diesen Gebieten aufrecht erhalten werden muessen. Es war mir und den anwesenden Militaerbefehlshabern der besetzten Gebiete vollstaendig bekannt, dass damit die bekannten Folgen fuer die Sperrbetriebe weiter aufrecht erhalten bleiben, das heisst, Abstossen des Arbeitseinsatzes aus den besetzten Westgebieten nach Deutschland.

H0379-0030

F: Die franzoesische Anklagebehoerde hat aus Dokument Nr. 833 in der Sitzung vom 30. Mai, wenn ich mich recht erinnere, anlaesslich des Kreuzverhoers des Mitangeklagten Sauckels, vorgelesen. Nach diesem Befehl sollen im Westen durch Truppen Arbeitskraefte erfasst werden. Wollen Sie sich dazu kurz aeussern. Um Ihrem Gedaechtnis nachzuhelfen, im Telgramm wird sich auf die Sitzung vom 11. Juli bezogen.

A: Das Protokoll der Sitzung zeigt, wie ich schon gesagt habe, dass ich gegen die Gewaltmassnahmen eingestellt war. Den Befehl Keitel's selbst, habe ich nicht gesehen.

F: Unter Nr. 824 hat die franzoesische Anklagebehoerde bei der gleichen Gelegenheit ein Schriftstueck des Generals v. Kluge, vom 25. Juli 1944 vorgelegt, welches auf dieses vorerwaehnte Schriftstueck, Telegramm Keitel's, Bezug nimmt. Wissen Sie etwas daruber, ob dieser Befehl jemals durchgefuehrt worden ist?

A: Ich weiss, dass dieser Befehl nicht durchgefuehrt wurde. Es ist zum Verstaendnis der Lage notwendig, sich in die Atmosphaere hineinzudenken, was in diesen Tagen um den 20. Juli herum war. Damals wurden nicht mehr alle Befehle der Fuehrung durchgefuehrt. Wie nach dem 20. Juli, aus der Untersuchung hervorging, hat bereits damals Kluge, als Oberbefehlshaber West Kapitulationsverhandlungen mit der Westgegner geplant und wahrscheinlich die ersten Versuche unternommen. Das war auch der Grund eines Selbstmordes nach dem Scheitern des 20. Juli. Es ist ausgeschlossen -- -

VORSITZENDER: Sie haben uns die Nr. 1824 gegeben. Was bedeutet das?

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, 824. Es ist die Nummer - - - 824 ist die Nummer, die dieses Dokument von der franzoesischen Anklage erhalten hat. Unter dieser Nummer hat sie es vorgelegt. Leider kann ich nicht die Exhibit-Nummer erfahren. Ich habe danach nachgefragt, aber noch nicht erhalten. Ich sehe gerade, es ist RF- 1515 als Exhibit-Nummer.

VORSITZENDER: Danke schoen.

DER ZEUGE: Es ist ausgeschlossen, dass Kluge in dieser militaerischen Lage und mit seiner Grundeinstellung, Befehle zu Razzien und Gewaltmassnahmen gab. Die in diesem Dokument erwaehnte Freigabe des Sauckel-Laval-Abkommens hat praktisch nichts zu bedeuten, da ja die Sperrbetriebe aufrecht erhalten blieben, und dadurch dieses Abkommen nicht wirksam werden konnte. Das war den Dienstellen in Frankreich gut bekannt. Der beste Beweis dafuer aber, dass diese Befehle nicht durchgefuehrt

H0379 - 0031

wurden, ist das Dokument RF- 22 der franzoesischen Anklage, aus dem hervorgeht, dass im Juli 1944 nur 3.000 Arbeitskraefte von Frankreich nach Deutschland gekommen sind und es waere bei militaerischen Gewaltmassnahmen ein Leichtes gewesen, statt dieser 3.000 Arbeitskraefte eine sehr viel groessere Zahl von Frankreich nach Deutschland zu bringen.

DURCH DR. FLAECHSNER: F: Haben Sie Ihren Einfluss geltend gemacht, um den Arbeitseinsatz aus den besetzten Gebieten nach Deutschland vollstaendig aubzustoppen?

A: Nein, ich muss hier offen sagen, dass ich zwar meinen Einfluss geltend gemacht habe, um die Arbeitswerbung einzuschraenken oder um die Gewaltmassnahmen zu verhindern, aber nicht, um den Arbeitseinsatz vollstaendig abzustoppen.

F: Ich gehe nunzu einen anderen Thema ueber:

Von der Anklage ist beruehrt und eroertert worden die Organisation Todt. Koennen Sie dem Gericht die Aufgabe der Organisation Todt kurz schildern?

A: Ich werde hier auch Einiges zusammenfassen.

Die Organisation Todt hatte ausschliesslich technische Aufgaben, das heisst, technische Bauten durchzufuehren. Das war im Osten in der Hauptsache Bahnbau, Strassenbau; im Westen der Bau von Betonbunker, wie sie als sogenannter " Atlantik-Wall" bekannt geworden sind. Hierzu beschaeftigte die Organisation Todt in einem unverhaeltnismaessig hohen Umfange auslaendische Arbeitskraefte und zwar im Westen etwa auf einen deutschen Arbeiter 20 auslaendische Arbeitskraefte, in Russland etwa auf eine deutsche Arbeitskraft 4 russische Arbeitskraefte. Das war nur durchzufuehren, wenn die Organisation Todt im Westen sich einheimischer Baufirmen mit ihren Arbeitsstaetten bediente. Diese brachten das technische Fuehrungspersonal mit. Diese Firmen haben die Arbeitskraefte selbst angeworben und es it klar, dass diesen Firmen keine Moeglichkeiten der Zwangswerbung zur Verfuegung standen. Es waren daher ein sehr grosser Teil der in der Organisation Todt beschaeftigten Arbeitskraefte Freiwillige; es ist aber klar, dass immer ein gewisser Prozentsatz durch Dienstverpflichtung in der Organisation Todt beschaeftigt war. Die Organisation Todtwurde hier als ein Teil der Wehrmacht bezeichnet. Es ist der Form nach hier nur festzustellen, dass dazu natuerlich nicht auslaendische Arbeitskraefte zaehlten, sondern hier die deutschen Arbeitskraefte, besonders in den besetzten Gebieten, in irgend einer Form in die Wehrmacht, eingegliedert sein mussten. Die Anklage hatte hier eine andere Auffassung. Ausser der Organisation Tost gab es noch Transporteinheiten meines Ministeriums,

H0379 - 0032

die in den besetzten Gebieten arbeiteten, aus einem bestimmten Grunde, will ich feststellen, dass diese grundsaetzlich freiwillig angeworben waren. Die Anklage hat behauptet, dass die Organisation Todt die umfassende Organisation fuer alle militaerischen Bauten in den besetzten Gebietenwar. Das ist nicht der Fall. Sie hatte etwa ein Viertel bis ein Fuenftel des Bauvolumens durchzufuehren.
Im Mai 1944 wurde die Organisation Todt auf das Reich uebernommen, sie hat dort die Verantwortung fuer einzelne grosse Bauvorhaben uebertragen bekommen und im uebrigen die Steuerung des sogenannten Apparates des Generalbevollmaechtigten fuer die Bauwirtschaft im Vierjahresplan. Dieser Generalbevollmaechtigte fuer die Bauwirtschaft verteilte die Kontingente, die von der Zentralen Planung kamen und hatte sonstige Steuerungsaufgaben, hatte aber keine Verantwortung fuer die Baudurchfuehrung und Bauaufsicht. Da gab es im Reich die verschiedenen staatlichen Behoerden und hier handelte insbesondere in eigener Verantwortung die SS-Bauverwaltung mit den von ihr durchgefuehrten Bauten.

DR. FLAECHSNER: Die Anklagebehoerde hat nun behauptet, dass diese Beschaeftigungen von Haeftlingen von Konzentrationslagern in der Ruestungsindustrie verursacht waren und hat das Dokument RF- 24, Exhibit US - 179 vorgelegt, Herr Praesident. Es befindet sich das Dokument auf Seite 47 des englischen Textes meines Dokumentenbuches. Es handelt sich um eine Besprechung mit Hitler im September 194
DURCH DR. FLAECHSNER: F: Wie kam es zu dieser Besprechung, Herr Speer?

A: Als ich im Februar 1942 die Heeresruestung uebernahm, wurden erhebliche Steigerungen auf allen Gebieten verlangt und dazu waren zahlreiche Fabrikneubauten notwendig. Himmler bot hierzu seine Konzentrationslager an, sowohl bei Hitler. alsauch bei mir. Sein Plan war, in den Konzentrationslagern dinen Teil dieser notwendigen Neubauten mit Maschineneinrichtungen zu errichten und die Haeftlinge dort unter der Leitung der SS arbeiten zu lassen. Gegen diesen Plan war der Chef der Heeresruestung, Generaloberst Fromm, und auch ich eingestellt, Abgesehen von allgemeinen Gruenden, war es einmal, um unkontrollierte Waffenherstellung der SS zu verhindern und zweitens, weil zu erwarten war, dass die technische Lenkung in diesen Betrieben mit entzogen wird. Daher habe ich bei der Durchplanung des grossen Erweiterungsprogramms der Ruestung im Fruehjahr 1942 diese SS- Forderung nicht beruecksichtigt. Himmler ging zu Hitler und das Besprechung protokoll, das hier vorliegt, ist die Abwehr gegen die Wuensche, die Hitler im Verfolg der Anregungen Himmler's bei mir geltend machte.

H0379 - 0033

DR. FLAECHSNER: Ich darf hier, Herr Praesident, auf Seite 44 des deutschen Textes und Seite 47 des englischen Textes, verweisen. Das ist Punkt 36 des Fuehrerprotokolls. Es heisst dort - - -

VORSITZENDER: Seite 47 des englischen Textes?

DR. FLAECHSNER: Ja.

VORSITZENDER: Ich habe es anders gehoert.

DR. FLAECHSNER: Es heisst dort, ich zitiere:

"..... dass ueber eine geringe Menge von Arbeitern hinaus, es nicht moeglich sein wird, in den Konzentrationslagern eine Ruestungsfertigung aufzuziehen."

VORSITZENDER: Der Zeuge hat uns doch die Sache schon dem Sinne nach erklaert.

DURCH DR. FLAECHSNER: F: Herr Zeuge, Sie machten also hieraus, nach diesem Dokument, den Vorschlag, Fabriken ganz und gar mit Haeftlingen aus den Konzentrationslagern, als Arbeiter, zu besetzen. Haben Sie das durchgefuehrt?

A: Nein, das wurde in dieser Form nicht durchgefuehrt; denn es stellte sich bald heraus, dass Himmler den Ehrgeiz hatte, auf diese Betriebe Einfluss zu nehmen und es waere ihm auch wahrscheinlich auf irgend einem Wege gelungen, diese Betriebe sich zu unterstellen. Daher bestand grundsaetzlich nur ein Teil der Belegschaft des Betriebes aus Konzentrationslager-Haeftlingen, um diesen Bestrebungen Himmler's entgegenzuwirken. Dadurch kam es zu den Arbeitslagern bei den Ruestungsbetrieben. Auch die Beteiligung von 5 bis 8 Prozent an Waffen, die hier vorgesehen war, ist mit dem General des Heeresstabes beim OKW, General Buehle, wurde das verhindert. Der Zeuge wird das noch aussagen.

H0379-0034

DR FLÄCHSNER: Ich darf dann weiter verweisen auf das, auf Seite 48 des englischen Textes meines Dokumentenbuches wiedergegebene Dokument 1548-PS, das ist US-Exhibit Nr. 221. Es handelt sich um ein Schreiben Himmler an Göring vom 9. März 1944. Es heisst dort, dass Himmler betont in seiner Verantwortlichkeit, also der SS-Verantwortlichkeit, vergrössert würde, ein grösseres Tempo des gesamten Betriebes und bestimmt grössere Ergebnisse zu erwarten seien. Aus dem Begleitschreiben Pohls an Himmler ergibt sich, das Bestreben, Überwachung und Kontrolle des Einsatzes der KZ-Häftlinge, oder sogar Einsatz der SS als verantwortliche Betriebsführer, würde in Vorschlag gebracht werden. Der blosse Einsatz der Häftlinge in anderen Betrieben würde nach seinen Erfahrungen und Kenntnissen nicht genügen. Die SS wollte also die Überwachung und die Kontrolle des Einsatzes in den Betrieben haben.

Dieses Dokument beweist aber auch noch etwas anderes. Nämlich es bestätigt die Aussage des Angeklagten Speer, dass die Häftlinge aus den KZ.-Lagern ebenfalls Prämien erhalten haben, wenn sie sich besonders bewährt hatten. Weiterhin beweist das Dokument auf der letzten Seite, dass im Durchschnitt die Arbeitszeit aller Haftlinge monatlich 240 Stunden, das wäre eine Arbeitsleistung von 60 Stunden in der Woche, betragen hat.

Ich beziehe mich weiterhin auf das bereits gestern erwähnte Dokument Nr. 44. Das ist bereits als Exhibit 6 von mir eingereicht und befindet sich in dem 2. Dokumentenbuch, Herr Präsident, in dem Nachtragband auf Seite 88, das erste Dokument.

Aus diesem Dokument geht klar hervor, wie sehr die Ausdehnung der SS-Wirtschaftsbetriebe eine Engelegenheit des Ehrgeizes von Himmler und Pohl war. Aus dem Dokument geht ferner hervor, ich zitiere: " Die monatlich von KZ'lern für unsere Rüstungsindustrie geleisteten Arbeitsstunden erreichen noch nicht die Zahl von 8 Millionen Stunden, sodass sicher nicht mehr als etwa 32 000 Männer und Frauen aus KZ-Lagern in unseren Rüstungsbetrieben beschäftigt sind. Diese Zahl geht laufend zurück."

H0379 - 0035

Herr Präsident, dieser Satz befindet sich auf Seite 90 unten. Sie werden es dort finden, des englischen Textes. Aus diesem Schreiben geht ferner hervor, dass der Verfasser fast die gleiche Stundenzahl als Arbeitszeit errechnet, wie Pohl in seinem Schreiben, nämlich 250 Stunden im Monat, was ungefähr 63 Stunden in der Woche entspricht.

DURCH DR FLÄCHSNER:

F Herr SPeer, durch dieses Schreiben haben Sie nun Kenntnis davon erhalten, dass Arbeitskräfte, insbesondere Ausländer, nicht mehr an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehrten, wenn sie sich wegen Verfehlung mit der Polizei in Berührung gebracht hatten, sondern in die Konzentrationslager verbracht wurden. Was haben Sie darauf veranlasst?

A Ich darf auch hier wieder einige Fragen gleich zusammenfassen. Ich habe das Schreiben etwa am 15. Mai in Berlin erhalten, nach Rückkehr von meiner Krankheit. Der Inhalt hat mich sehr erregt, denn schliesslich handelt es sich hier nicht anders, als um Menschenraub.

Ich liess mir eine Schätzung geben, wieviele Plätze etwa im Monat auf diese Weise aus der Wirtschaft genommen wurden.Es wurde mir unverbindlich gesagt, 30 bis 40 000 im Monat. Dadurch entstand meine Erklärung in der Sitzung der Zentralen Planung vom 22. Mai 1944, in der ich verlangte, dass diese Arbeiter, wenn auch als Häftlinge, wie ich mich ausgedrückt habe, auf jeden Fall sofort wieder in ihre alten Betriebe zurück müssen. Diese Bemerkung ist an sich unlogisch, denn natürlich war die Zahl der Strafverstösse in jedem einzelnen Betrieb gering, sodass also eine derartige Massnahme nicht durchführbar war. Aber ich wollte auf jeden Fall damit zum Ausdruck bringen , dass die Arbeiter wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkommen. Diese Erklärung der Zentralen Planung wurde von der Anklage vorgelegt.

Ich habe nun sofort nach der Sitzung dieser Zentralen Planung mich zu Hitler begeben, hatte dort eine Besprechung am 5. Juni 1944. Das Führerprotokoll liegt vor. Ich habe erklärt,

H0379 - 0036

dass etwas derartiges für mich nicht ertragbar ist. Ich habe dabei reine Vernunftgründe ins Feld geführt, da andere Gründe nicht wirksam gewesen wären. Hitler hat mir erklärt, dass , wie aus dem Protokoll hervorgeht, diese Arbeitskräfte sofort wieder ihrem alten Beruf zugeführt werden müssen und dass er, nach einer Besprechung zwischen Himmler und mir, auch noch einmal seine Entscheidung mitteilen will.

DR FLÄCHSNER: Ich überreiche als Exhibit Nr. 43, einen Auszug der Führerbesprechung vom 3. auf 5. Juni 1944. Es findet sich dieses Dokument im Dokumentenband, auf Seite 92.

ZEUGE: Ich fuhr fort sofort nach dem Ergebnis dieser Besprechung zu Himmler und gab ihm die Entscheidung Hitler's bekannt. Er erklärte mir, dass niemals eine derartige Zahl von der Polizei inhaftiert worden wäre. Er sagte mir aber zu, sofort einen Erlass herauszugeben, dass, dem Verlangen Hitler entsprechend, die Arbeitskräfte nicht mehr von der SS festgehalten werden dürften. Ich unterrichtete Hitler von diesem Ergebnis und bat ihn auch nochmals Himmler darauf anzusprechen.

Ich hatte damals keinen Grund, dieser Zusage Himmler's zu misstrauen; es ist schliesslich zwischen Reichsministern nicht üblich, sich so zu misstrauen. Ich habe allerdings auch keine weiteren Klagen mehr von meinen Mitarbeitern über diese Angelegenheit gehört. Ich muss betonen, dass ich für die Regelung dieser ganzen Angelegenheit nicht zuständig war, aber ich fand diese Mitteilung so unerhört, dass ich sofort eingriff. Wenn ich gewusst hätte, dass Himmler bereits eineinhalb Jahre vorher eine ähnliche Aktion unternommen hat und in diesem Schreiben, in einem Schreiben das hier vorgelegt wurde .....

DR FLÄCHSNER: Es handelt sich, Herr Präsident, um die Urkunde 1063-PS und ist US-Echibit Nr. 219 . Ich habe es wiedergegeben auf Seite 51 des englischen Textes, meines Dokumentenbuches, auf das sich der Angeklagte jetzt bezieht.

DURCH DR FLÄCHSNER:

F Wie weit haben Sich sich bemüht aus Konzentrationslagern

H0379-0037

Arbeitskräfte für die Rüstung zu erhalten?

A Ich wollte zu dem Dokument noch kurz etwas sagen. Wenn ich dieses Schreiben gekannt hätte, dass hätte ich niemals das Vertrauen zu Himmler gehabt, dass er, auf Grund einer Weisung Hitler's korrekt seinen Befehl durchführen würde. Denn dieses Schreiben zeigt eindeutig, dass diese Aktion dritten Dienststellen gegenüber geheim gehalten werden soll. Diese dritten Dienststellen konnte nur der Dienststelle des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, oder meine Dienststelle sein. Ich muss aber, abschliessend zu dieser Frage, sagen, dass es meine Pflicht als Rüstungsminister war, mich für die Rüstung, oder sonstige Produktion einzusetzen. Ich hielt es daher für richtig, dass auch Arbeiter aus den Konzentrationslagern in der Rüstungsbetrieben, in den Betrieben der Produktion arbeiteten.

Der Hauptpunkt der Anklage aber, dass ich mit Absicht die Anzahl der Konzentrationslager erhöht hätte, oder verursacht hätte, ist in keiner Weise richtig. Ich hatte das gegenteilige Interesse, wenn ich nur rein von meinem Produktionspunkt-Standpunkt ausgehe.

DR FLÄCHSNER: Ich darf hierzu bemerken, dass sich über diesen Punkt die Zeugen Schmelte, unter Nr. 9 und 35, der Zeuge Schieber, unter Nr. 20, der ihnen vorgelegten Fragen geäussert haben.

DURCH DR FLÄCHSNER:

F Herr Speer, es sind nun von der Anklage unter Nr. R-124, US-Exhibit 179 verschiedene Ihrer Bemerkungen, die Sie in den Sitzungen der Zentralen Planung gemacht haben, vorgelegt worden. Herr Präsident, ich darf bitte verweisen auf Seite 53 des englischen Textes, meines Dokumentenbuches.

Was Sagen Sie, Herr Speer, zu Ihrer Bemerkung, über die "Bummelanten" in der Sitzung vom 30 Oktober 1942?

A Ich habe die Bemerkung so gemacht, wie sie in dem Stnogramm festgehalten ist. Ich habe aber hier die Gelegenheit gehabt, das gesamte Stenogramm der Zentralen Planung durchzulesen und habe festgestellt, dass auf diese Bemerkung nichts weiter erfolgte

H0379-0038

und auch von mir nicht eine Massnahme verlangt wurde.

DR FLÄCHSNER: Auf der gleichen Seite des Dokumentenblattes, Herr Präsident, ist wiedergegeben, eine Äusserung aus einer Sitzung vom 22. April 1943.

DURCH DR FLÄCHSNER:

F Herr Speer, was haben Sie zu dieser Bemerkung zu sagen? Sie bezieht sich auf die russischen Kriegsgefangenen.

A Es ist nur kurz aufzuklären, dass das ein Beweis dafür ist, dass der Begriff Rüstung so aufzufassen ist, wie ich ihn dargestellt habe. Denn die beiden Sparten, aus denen die 90 000 Russen die nach dem Dokument in der Rüstung beschäftigt sind, herkommen ist die Eisen-Stahl- und Metallwaren-Herstellung mit 29 000 und Maschin-Kessel-Fahrzeug-und Apparatebau mit 62 000

F Herr Speer, dann ist noch von der Anklagebehörde eine Äusserung vorgetragen worden, die Sie am 25. Mai 1944 gemacht haben. Auch diese ist auf Seite 53 des englischen Textes, des Dokumentenbuches wiedergegeben. Da erklärten Sie, dass, nach einer Weisung Hitler's die Hilfsfreiwilligen aufzulösen seien und dass Ihnen, in einer Besprechung mit Keitler und Zeitzler, die Überführung der Russen aus den rückwärtigen Heeresgebieten machen wollten.

A Ich habe auch hier das Stenogramm durchgelesen. Das ist kurz aufzuklären. Es handelt sich bei dem im Dokument genannten "Hibli," um die sogenannten Hilfsfreiwilligen, die sich dem Tross der in Russland kämpfenden Truppen, angeschlossen hatten und im Laufe der Monate waren diese zu einer ungeheueren Stärke angewachsen, weil sie bei den Rückzügen mitzogen, da sie wahrscheinlich von ihrer Heimat als Verräter behandelt worden waren. Die Hilfsfreiwilligen wurden jedoch nicht nur, wie es mein Wunsch war, an die Produktion abgegeben. Die Besprechung, die dort vorgesehen war, hat nicht stattgefunden.

F Wollen Sie sich kurz äussern, zu der von der Anklagebehörde, unter PS-Nr. 556 vorgelegten Aktennotiz Sauckel, über ein Telefongespräch vom 4. Januar 1943, welches sich auf den Arbeitseinsatz

H0379 - 0039

20.Juni-M-I.Schm-6-Mr. Willner-

bezieht.

A Nach diesem Telefongespräch sollen durch verschärfte Massnahmen in Frankreich der Arbeitseinsatz verstärkt werden. Aus einem Führerprotokoll, das ich in den letzten Tagen gefunden habe, und zwar dem Führerprotokoll der Sitzung vom 3. auf 5. Januar 1943, geht hervor, dass es sich damals bei der Meinungsäusserung Hitler's , um einen verstärkten Einsatz der Franzosen in Frankreich selbst für die dortige Industrie und Wirtschaft handelte.

DR FLÄCHSNER: Ich werde , Herr Präsident, dieses Schriftstück später einreichen. Ich hatte bisher noch nicht die Gelegenheit gehabt .....

VORSITZENDER: Können Sie dem Gerichtshof sagen, wie lange Sie noch brauchen, Herr Dr. Flächsner?

DR FLÄCHSNER: Ich hoffe , heute Abend vor 5.00 Uhr fertig zu sein.

VORSITZENDER: Sie werden nicht aus dem Auge lassen, was ich Ihnen bereits über die Erheblichkeit von Argumenten und Beweismaterial, das Sie bisher zusammengetragen habe, gesagt habe.

DR FLÄCHSNER: Jawohl, Herr Präsident.

VORSITZENDER: Wir vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0379-0040

NACHMITTAGS - SITZUNG.

Die Verhandlung beginnt 1400 Uhr, 20. Juni 1946.

ALBERT SPEER - - fortsetzend

DIREKTES VERHOER - - fortfahrend

DURCH DR. FLAECHSNER:

F: Herr Speer, wir waren bei der Eroerterung der Telephonnotiz Sauckels ueber den Arbeitseinsatz vom 4. Januar 1943. Darauf bezieht sich, wie Sie schon ausgefuehrt haben, das Fuehrerprotokoll vom 3/5. Januar 1943, welches ich dem Gericht noch spaeter nachreichen werde.

Wollen Sie uns kurz hier sagen, was der Inhalt Ihrer Besprechung damals war?

A: In diesem Protokoll ist festgelegt, dass alle Massnahmen getroffen werden muessen, um die Wirtschaft in Frankreich auf ein hoeheres Potential zu bringen. Es sind sehr scharfe Bemerkungen Hitlers, ueber die Art und Weise, wie er sich diese Aktivierung vorstellt, darin enthalten. Es steht darin, dass jede Sabotage mit schaerfsten Mitteln zu ahnden ist, und dass jede Humanitaetsduselei fehl am Platze ist.

Aus diesem Protokoll geht weiter hervor, dass ich damals Hitler gebeten habe, mir die Steuerung der Produktionsfragen in Frankreich zu uebertragen, die ich ja einige Monate spaeter dann auch bekommen habe.

Ich sage dies nur, um hier - solange ich noch als Zeuge aussagen kann, - zu zeigen, dass ich diese Linie Hitlers, in Frankreich jede Humanitaetsduselei fallen zu lassen, nicht durchgefuehrt habe.

Es gab einen Fall, der mir zur Kenntnis kam, in dem zehn Geiseln erschossen werden sollten, weil sie Industrie-Sabotage im noerdlichen Moselgebiet durchgefuehrt hatten. Ich habe damals erreicht, dass diese Erschiessung nicht durchgefuehrt wird. Hierfuer ist Roechling, der damals die Eisenproduktion in den besetzten Westgebieten hatte, Zeuge.

Es ist dies der einzige Fall, der mir bekannt wurde, dass wegen Sabotage innerhalb der Produktion Geiselerschiessungen haetten stattfinden sollen.

Ich kann nun weiter nachweisen, dass ich in den Betrieben, die in Frankreich arbeiteten, durch eine Entscheidung Hitlers im September 1943 zu den vorhandenen Ernaehrungssaetzen eine zusaetzliche Mahlzeit in den Betrieben besorgte, und

H0379 - 0041

weiter habe ich mich durch ein Schreiben an den Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz vom Dezember 1943 sehr scharf dafuer eingesetzt, dass man den Arbeitskraeften in den besetzten Westgebieten nicht nur Lohn zu zahlen habe, sondern dass es notwendig waere, fuer diese Lohnsumme auch die notwendigen Konsumgueter zur Verfuegung zu stellen; eine Linie, die zweifellos der hier von der franzoesischen Anklage vorgebrachten Tendenz, zur Ausplunderung der Westgebiete, entgegensteht.

Alle drei Dokumente der Anklage sind in meinem Besitz und koennen vorgelegt werden.

Ich wollte dies nur bringen, um darzustellen, dass diese von Hitler im Protokoll vom 3. und 5. Januar festgelegten Linien der sehr scharfen Politik in Frankreich von mir nicht gebilligt und auch nicht eingehalten wurden.

F: Ich komme nun zu einem anderen Punkt, Herr Speer.
Was liessen Sie in Frankreich anfertigen auf Grund Ihres Programmes?

A: Wir haben das schon genuegend eroertert. Es wurden keine Ruestungsgegenstaende gefertigt, sondern nur Engpassteile und Verbrauchsgueter.

F: Gut. Ich wollte das nur klar herausgestellt haben.
Die Anklage hat Ihnen in R-124 ein Fuehrerprotokoll vom Maerz 1944 vorgelegt, nach dem Sie mit Hitler den Vorschlag des Reichsmarschalls besprochen haben sollen, Kriegsgefangene an Frankreich abzugeben.
Was ist hierzu zu sagen?

A: Dieses Protokoll stammt vom 3. Maerz 1944. Ich war vom Januar bis Mai 1944 schwer erkrankt. Die Besprechung hat also nicht mit mir stattgefunden. Es war einer meiner Mitarbeiter, der diese Besprechung gefuehrt hatte, ein Mitarbeiter, der in einem besonders vertraulichem Verhaeltnis zu Hitler stand. Im uebrigen wurde dieser Vorschlag nicht durchgefuehrt.

F: Herr Speer, Sie haben ja der Sitzung vom 30. Mai beigewohnt, bei der die Frage eroertert wurde, wie es zur Einrichtung des Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz gekommen ist. Wollen Sie sich kurz zusammenfassend zu diesem Punkt aeussern?

A: Ich moechte kurz sagen: Ich wollte einen Beauftragten fuer alle Arbeitseinsatzfragen haben, die mit meinem Auftrag der Heeresruestung zusammenhingen. Meine Sorgen auf dem Arbeitseinsatzgebiet lagen damals zu Beginn meiner Taetigkeit in der Hauptsache bei den Gauleitern, die eine Art Gau-Partikularismus

H0379 - 0042

betrieben. Die unpolitischen Behoerden des Arbeitsministeriums konnten gegen die Gauleiter nichts ausrichten; dadurch war der Arbeitseinsatz in Deutschland selbst eingefroren. Und ich schlug Hitler vor, fuer diesen Beauftragten einen mir bekannten Gauleiter,, namens Hanke, zu nehmen. Das wurde im uebrigen auch von Goering bestaetigt. Hitler war damit einverstanden.

2 Tage spaeter hat Bormann den Vorschlag gemacht, Sauckel zu nehmen.

Ich kannte Sauckel nicht naeher; ich war aber mit seiner Wahl einverstanden.

Es ist durchaus moeglich, dass Sauckel dieser ganze Vorgang unbekannt ist, sodass er mit Recht annimmt, dass er auf meinem Vorschlag hin ernannt wurde.

Zu der Dienststelle des Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz kam es auf folgende Weise:

Lammers erklaerte, dass er keine Sondervollmacht fuer einen Teilsektor des Arbeitseinsatzes ausstellen koenne; es waere verwaltungsmaessig bedenklich. Daher musste der ganze Arbeitseinsatz einem Generalbevollmaechtigten unterstellt werden. Zunaechst war ein Fuehrererlass vorgesehen. Goering protestierte dagegen, da es seine Aufgabe im Vierjahresplan sei. Deswegen wurde der Kompromis getroffen, dass zwar Sauckel Generalbevollmaechtigter im Vierjahresplan ist, aber dass er von Hitler bestellt wird.

Das war ein einmaliger Vorgang im Vierjahresplan. Damit war Sauckel praktisch Hitler unterstellt; er hat es auch immer so aufgefasst.

F: Sie haben gehoert, dass Sauckel in seiner Aussage vom 30. Mai festlegte, dass auch Goering an den Sitzungen der "Zentralen Planung" beteiligt gewesen sei. Stimmt das ?

A: Nein, das stimmt in keiner Weise. Ich haette ihn auch nicht gebrauchen koennen, denn wir mussten ja da praktische Arbeit leisten.

F: Es ist von der Anklagebehoerde eine Bekundung Sauckels vom 8. Oktober 1945 vorgelegt worden. Darnach sollen Sie die Einrichtung seiner Beauftragten in den besetzten Gebieten veranlasst haben. Trifft das zu ?

A: Nein, ich hatte 1941 mit der Ruestung noch nichts zu tun. Aber auch spaeter als Sauckel taetig war, habe ich die Beauftragten nicht eingesetzt, und auch nicht besonders gefoerdert; das war eine Aufgabe, die Sauckel innerhalb seiner Zustaendigkeit durchgefuehrt hat.

F: Die franzoesische Anklagebehoerde hat aus einem Protokoll ueber eine vorprozessliche Vernehmung Sauckels vom 25. September 1945, zitiert, wonach die

H0379 – 0043

Stellung von Transportzuegen fuer auslaendische Arbeiter auf Ihren besonderen Befehl geschehen sein soll.

A: Ich glaube, es ist zweckmaessig, wenn ich alle Aussagenpunkte von Sauckel zusammennehme, das geht schneller, soweit Sie mich verhoeren.

F: Bitte fahren Sie weiter.

A: Die Disposition ueber Transportzuege wurde von Sauckel und seinen Mitarbeitern getroffen. Es kann sein, dass durch eine ploetzliche Aenderung in einem Produktionsprogramm oder durch Fliegerangriffe auf Wunsch meiner Dienststelle Transportzuege umgeleitet werden mussten; jedoch geschah das immer mit der Verantwortung des Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz.
Weiter wurde hier von Sauckel ausgesagt, dass Goebbels nach Stalingrad mit mir zusammen den "Totalen Kriegseinsatz" begann. Aber das ist nicht in dieser Form richtig. Stalingrad war im Januar 1943, und Goebbels begann den "Totalen Kriegseinsatz" im August 1944. Es sollte zwar nach Stalingrad eine grosse Reform in Deutschland durchgefuehrt werden, um deutsche Arbeitskraefte freizumachen. Auch ich war einer derjenigen, der dies gefordert hat. Weder Goebbels noch ich konnten diesen Plan durchfuehren. Es wurde ein Dreier-Gremium gebildet mit Lammers, Keitel und Bormann, das aber diese Aufgaben mangels Sachkenntnis nicht durchfuehren konnte.
Weiter wurde die Arbeitseinsatzabteilung von mir in den Aussagen von Sauckel erwaehnt. Diese bestand aus folgendem: Jeder grosse Betrieb und jeder Bedarfstraeger hatte eine Arbeitseinsatzabteilung, und selbstverstaendlich wurde das von mir auch zusammengefasst. Es war aber keine Errichtung, die in irgend einer Weise die Aufgaben Sauckels beeintraechtigte. Sie hatten kein bedeutendes Aufgabengebiet; das geht daraus hervor, dass sie eine von 50 bis 60 meiner Abteilungen waren. Wenn sie fuer mich sehr wichtig gewesen waere, waere es eine meiner 6 oder 8 Sonder-Aemter gewesen.
Sauckel erwaehnte weiter die Stabsleiterbesprechungen, die bei ihm stattgefunden haben. An diesen hat sowohl ein Vertreter meiner Arbeitseinsatzabteilung fuer die Heeres- und Marineruestung teilgenommen, auch fuer das Bauen. Es waren in diesen Stabsleiterbesprechungen etwa 15 Bedarfstraeger versammelt. In diesen Besprechungen wurde die Wordringlichkeit der Zurverfuegungstellung der Arbeitskraefte bestimmt, nach der wirtschaftlichen Einsicht, die Sauckel hatte. Das war eigentlich die Taetigkeit, die hier faelschlicherweise der "Zentralen Planung" zugesch-

H0379-0044

ben wurde.

Weiter wurde behauptet, dass ich die Verbringung von auslaendischen Arbeitern nach Deutschland im April 1942 gefoerdert haette, und dass es auf meine Initiative zurueckzufuehren sei, dass ueberhaupt die auslaendischen Arbeitskraefte nach Deutschland kamen. Das stimmt nicht. Ich habe in diesem Sinne auf Sauckel nicht einwirken krauchen. Es geht im uebrigen aus einem Protokoll, vom 3. Mai 1942, das in meinem Besitz ist, hervor, dass die Einfuehrung der Arbeitsdienstpflicht in den Westgebieten auf Vortrag von Gauleiter Sauckel vom Fuehrer genehmigt wurde.

Ich kann weiter eine Rede von mir vom 18. April 1942 vorlegen, aus der hervorgeht, dass ich zu diesem Zeitpunkt noch der Meinung war, dass die deutsche Bauwirtschaft mit etwa 1,8 Millionen Arbeitskraeften weitgehend stillgelegt werden solle, um fuer die Ruestung die notwendigen Arbeitskraefte zu erhalten. In dieser grundlegenden Rede von mir, auch ueber den Arbeitseinsatz, die vor meinen Mitarbeitern stattfand, ist kein Wort von einer Planung eines auslaendischen Arbeitseinsatzes enthalten. Wenn ich derjenige gewesen waere, der diese Planung mit Energie betrieben haette, dann haette ich voraussichtlich auch in dieser Rede diese Angelegenheit erwaehnt.

Schliesslich ist noch als letztes eine Aussage von Sauckel, der Plan der Organisationen, kurz richtigzustellen, der hier vorgelegt wurde. Er ist insofern unrichtig, als die einzelnen Sektoren, die aufgezaehlt sind, in Ministerien eingeteilt sind. In Wirklichkeit waren diese Sektoren der Bedarfstraeger nach einzelnen Wirtschaftszweigen aufgeteilt, unabhaengig von den Ministerien; nur in meinem Ministerium und dem Luftfahrtministerium deckte es sich mit dem Aufgabengebiet.

Es ist weiter unrichtig daran, dass im Wirtschaftsministerium die Bau-Industrie vertreten ist; die gehört zu mir, ist meine Zustaendigkeit. Es gehoerten ab 1943 auch die Chemie und Bergbau, die ebenfalls im Wirtschaftsministerium genannt sind, zu meiner Zustaendigkeit. Nach der Kenntnis, die ich habe, waren bereits im September 1943 diese Zweige als Generalbevollmaechtigte im Vierjahresplan vertreten, und hatten, unabhaengig vom Wirtschaftsministerium, ihre Forderungen bei Sauckel direkt erhoben.

H0379 - 0045

Es ist in diesem Plan weiter unrichtig, dass die Forderungen dieser Arbeitskraefte dieser einzelnen Bedarfstraeger unmittelbar zu Hitler gingen. Es waere unmoeglich gewesen fuer Hitler, diesen Streit von 15 Bedarfstraegern zu schlichte Diese gingen, wie ich schon gesagt habe, in die Stabsleiterbesprechungen, wo die Bearbeitung unter dem Vorsitz Sauckels stattfand.

F: Herr Speer, was haben Sie am Ende des Krieges mit Ihren Dokumenten gemacht?

A: Ich war nach meiner Ansicht verpflichtet, meine Unterlagen zu erhalten, schon um beim Wiederaufbau die notwendigen Ueberleitungsmassnahmen treffen zu koennen. Ich lehnte es dabei ab, diese Unterlagen auch nur sichten zu lassen; sie wurden hier in Nuernberg, wo ein Zweig-Archiv von mir war, unversehrt den alliierten Behoerden uebergeben. Ich habe sie uebergeben noch in der Zeit, in der ich in der Flensburger Zone mich in Freiheit befand.
Auf diese Weise ist die Anklage im Besitz aller von mir bearbeiteten Schreiben, einiger Tausende, sowie aller Reden in der Oeffentlichkeit, Gauleiter-Reden und sonstigen Reden in der Ruestungswirtschaft, etwa 4 000 Fuehrerentscheidungen, 5 000 Seiten Stenogramme der "Zentralen Planung", Denkschriften und so weiter. Ich sage dies nur, weil aus diesen Akten eindeutig hervorgeht, wie sehr meine Aufgabe eine technische und wirtschaftliche war.

F: Haben Sie in diesen Ihren Dokumenten Ihrer Erinnerung nach jemals Aeusserungen ueber Weltanschauung, Antisemitismus, und so weiter niedergelegt?

A: Nein; ich habe weder in Reden, noch in Denkschriften etwas derartiges gesagt. Ich nehme an, dass sonst die Anklage in der Lage waere, wir etwas derartiges hier vorzulegen.

F: Herr Speer, als Ruestungsminister waren Sie auch vorgesehen auf der Liste de Regierungsmitglieder der neuen Regierung, die die Putschisten des 20. Juli 1944 aufgestellt hatten. Waren Sie am 20. Juli beteiligt?

A: Nein. Ich war weder beteiligt, noch vorher unterrichtet. Ich missbilligte damals ein Attentat auf Hitler.

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, hier zu diesem Punkt aeussern sich die Fragebogen des Zeugen Kempf zu Nr. 9, und Stahl zu Nr. 1.

F: Welches war der Grund dafuer, dass Sie als einziger Minister des nationalsozialistischen Regimes auf diese Regierungsliste Ihrer Gegner kamen?

A: Ich hatte damals eine enge Zusammenarbeit mit den Bearbeitern des Generalstab

H0379 – 0046

des Heeres und des Befehlshabers des Heimatheeres. Beide Staebe waren am 20. Juli das Zentrum dieses Putsches. Besonders eng war mein Verhaeltnis zu General-Oberst Fromm, dem Chef des Heimatheeres, und General-Oberst Zeitzler, dem Chef des Generalstab des Heeres. Fromm wurde nach dem 20. Juli gehaengt, und Zeitzler aus der Armee ausgestossen. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich ein enger Kontakt; diese Kreise erkannten meine fachlichen Leistungen. Ich habe deshalb angenommen, dass sie mich aus diesem Grunde behalten wollen.

F: Politische Gruende spielten also dabei keinerlei Rolle?

A: Bestimmt nicht unmittelbar. Ich war allerdings bekannt dafuer, dass ich mich seit laengerem offen und scharf ueber die vorhandenen Misstaende in der Umgebung Hitlers und ueber grundsaetzliche Fehler aussprach, und, wie ich spaeter erfuhr, in vielen grundsaetzlichen Dingen einer Meinung mit den Maennern des 20. Juli war.

F: Wie war Ihr Arbeitsverhaeltnis zu Hitler?

A: Von 1937 bis September 1939 war als Architekt wohl der engste persoenliche Kontakt; danach durch die Kriegsverhaeltnisse lockerte sich das Verhaeltnis. Nach meiner Ernennung zum Nachfolger Todt's wurde wieder ein engeres, aber bedeutend offizielleres Arbeitsverhaeltnis hergestellt. Ich hatte durch meine Ueberbeanspruchung auf dem Gebiet der Ruestung nur wenig Gelegenheit, in das Hauptquartier zu kommen; ich war etwa alle 14 Tage bis 3 Wochen einmal im Fuehrer-Hauptquartier. Meine 4-monatliche Krankheit im Fruehjahr 1944 wurde von vielen Interessierten dazu ausgenuetzt, meine Position zu schwaechen, und nach dem 20. Juli hat die Tatsache meiner Ministerkandidatur zweifellos bei Hitler einen Schock verursacht, was von Bormann und Goebbels zu einem offenen Kampf gegen mich ausgenutzt wurde. Einzelheiten hierzu sind aus meinem Schreiben zu entnehmen das ich am 20. September 1944 an Hitler sandte, und das als Dokument hier eingereicht wurde.

F: Konnten Sie mit Hitler politische Gespraeche fuehren?

A: Nein, er sah mich als reinen Fach-Minister an. Versuche, ihn auf allgemeine politische oder personelle Probleme anzusprechen, scheiterten an seiner Unzulaenglichkeit. Ab 1944 wurde er allgemeinen Eroerterungen gegenueber, auch ueber die Kriegslage, so abweisend, dass ich meine Gedanken in Denkschriften niederlegte und ihm ueberreichte. Hitler verstand es, jeden auf sein Fachgebiet zu verweisen. Dadurch war er das einzige vereinigende Element. Das ging weit ueber seine Kraft

H0379 - 0047

und auch ueber seine Kenntnisse. Die Folge war das Fehlen einer einheitlichen politischen Fuehrung und einer fachlichen militaerischen Entscheidungsstelle.

F: Wollen Sie einmal als Fachminister Ihre Verantwortung auf Ihr Arbeitsgebiet beschraenken?

A: Nein. Ich habe hierzu etwas Grundsaetzliches zu sagen. Dieser Krieg hat eine unvorstellbare Katastrophe ueber das deutsche Volk gebracht und eine Weltkatastrophe ausgeloest. Es ist daher meine selbstverstaendliche Pflicht, fuer dieses Unglueck nun auch fuer das deutsche Volk miteinzustehen. Ich habe diese Pflicht umsomehr, als sich der Regierungschef der Verantwortung vor dem deutsche Volke und der Welt entzogen hat. Ich, als ein wichtiges Mitglied der Fuehrung de Reiches, trage daher mit an der Gesamtverantwortung von 1942 ab. Meine Argumente hierzu werde ich in meinem Schlusswort bringen.

F: Tragen Sie die Verantwortung fuer die Angelegenheiten Ihres umfangreichen Aufgabengebietes?

A: Das ist selbstverstaendlich, soweit dies nach den allgemein geltenden Grundsaetzen ueberhaupt nur moeglich ist, und soweit nach meinen Weisungen gehandelt wurde.

F: Wollen Sie sich hierbei auf Fuehrerbefehl berufen?

A: Nein. Soweit Hitler mir Befehle gab, und ich diese durchfuehrte, trage ich hierfuer die Verantwortung; allerdings habe ich nicht alle Befehle durchgefuehrt.

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, ich komme jetzt zu einem zweiten Teil meiner Beweisfuehrung im Falle des Angeklagten. Dieser Sachvortrag soll nicht etwa zur Entlastung gegenueber den Vorwuerfen dienen, die gegen Speer auf seinem eigentlichen Aufgabengebiet von der Anklage geltend gemacht worden sind.

Dieser Teil befasst sich vielmehr mit den Vorwuerfen, die die Anklage erhoben hat gegen Speer, als Mitglied einer sogenannten Gesamt-Verschwoerung. Dieser zweite Teil ist relativ kurz und ich nehme an, dass ich in einer Stunde mit der ganzen Beweisfuehrung zu Ende bin.

Es handelt sich hierbei um die Taetigkeit Speer's bei der Verhinderung von Zerstoerungsabsichten Hitler's in den besetzten Gebieten und Deutschland und um seine Massnahmen und Versuche, die darauf abzielten, den bereits nach seiner Ansicht verlorenen Krieg abzukuerzen.

H0379 - 0048

Ich nehme an, dass das Gericht diese Beweisfuehrung zulassen wird.

Durch Dr.Flaechsner:

F: Herr Speer, bis zu welchem Zeitpunkt setzten Sie Ihre ganze Kraft fuer eine moeglichst hohe Ruestung und fuer eine Fortsetzung des Krieges ein ?

A: Bis etwa Mitte Januar 1945.

F: War der Krieg nicht bereits frueher verloren ?

A: Militaerisch, und der Gesamtlage nach, war er sicher zu einem frueheren Zeitpunkt verloren. Es ist aber schwer, einen Krieg als verloren anzusehen und die letzten persoenlichen Konsequenzen zu ziehen, wenn nur eine bedingungslose Kapitulation gegenuebersteht.

F: Zwang nicht die Ruecksicht auf die Produktionslage, die Sie ueberschauen mussten, Sie schon frueher, den Krieg als verloren anzusehen ?

A: Von der Ruestung aus gesehen bis zum Herbst 1944 nicht, denn es gelang mir bis dahin trotz der Fliegerangriffe, eine laufende Steigerung zu erzielen. Diese war, um es in einer Zahl zu sagen, so gross, dass ich im Jahre 1944 130 Infanterie-Divisionen und 40 Panzer-Divisionen vollstaendig neu ausstatten konnte. Das war die Neuausstattung von 2 Millionen Menschen. Allerdings waere sie 30 % hoeher gewesen, wenn die Fliegerangriffe nicht gewesen waeren. Wir hatten die Hoechstleistungen in diesem Kriege im August 1944, soweit sie Munition anbetrifft, im September 1944 bei den Flugzeugen und im Dezember 1944 bei den Waffen und bei den neuen U-Booten. Die neuen Waffen waeren in den naechsten Monaten, etwa ab Februar-Maerz 1945 zum Klappen gekommen. Ich erinnere hier nur noch an die bereits in der Presse aufgekommenen Strahl-Flugzeuge, die neuen U-Boote, an die neuen Flugabwehrmittel usw. Allerdings verzoegerte sich auch hier durch die Fliegerangriffe die Gross- Produktion der neuen Waffen, die vielleicht der letzten Phase des Krieges noch ein anderes Aussehen haetten geben koennen, so erheblich, das sie nicht mehr in groesserer Zahl uns zur Verfuegung standen. Alle diese Anstrengungen waren aber erfolglos, da ab 12. Mai 1944 von den feindlichen Flugzeugen die Treibstoffwerke schwerpunktmaessig angegriffen wurden. Durch diese Angriffe waren ganze Produktionen verloren. Das ergab eine Katastrophe 90% des Treibstoffes fiel von diesem Zeitpunkt an aus; denn auch die neuen Panzer und Strahl-Flieger nutzten mich nichts ohne Treibstoff.

H0379 -0049

F:- Haben Sie Hitler ueber die Folgen dieser Fliegerangriffe auf die Produktion unterrichtet?

A: Ja, ich habe ihn sehr eingehend, sowohl muendlich, als auch schriftlich, hierueber unterrichtet. Ich habe von Juni bis Dezember 1944 allein 12 Denkschriften an ihn geschickt, alle mit Katastrophenmeldungen.

Dr.Flaechsner: Herr Praesident, ich darf hierzu dem Gericht ein Dokument vorlegen. Es handelt sich um eine Denkschrift Speer's vom 30. Juni 1944. Sie ist wiedergegeben auf Seite 56 des englischen Dokumentenbuches und erhaelt die Exhibit-No.14. Ich darf daraus zitieren; Speer schreibt an Hitler:

"Dann wird aber zwangslaeufig im September dieses Jahres der Anschluss an die zur Abdeckung des dringendsten Bedarfs der Wehrmacht notwendigen Mengen nicht mehr gewaehrleistet sein, das heisst, es wird von diesem Zeitpunkt ab eine unueberbrueckbare Luecke entstehen, die zu tragischen Folgen fuehren muss."

Ueber die Lage auf dem Gebiet der Chemie und Treibstofferzeugung informiert Speer Hitler weiter in einer Denkschrift vom 30. August. Sie ist auf Seite 62 des englischen Textes des Dokumentenbuches wiedergegeben und erhaelt die Exhibit No.15. Ich zitiere lediglich nur einen Satz:

"Damit fehlen auf wichtigsten Gebieten diejenigen Stoffe, die zur Weiterfuehrung eines modernen Krieges notwendig sind."

F: Herr Speer, wie war es nun moeglich, dass Sie und andere Mitarbeiter Hitler's trotz Erkenntnis dieser Lage, sich weiter bemuehten, alles zu tun, um den Krieg noch fortzusetzen ?

A: In dieser Phase des Krieges taeuschte Hitler uns alle. Er liess ueber seinen Botschafter Hebel vom Auswaertigen Amt, ab Sommer 1944 praezise Angaben ausstreuen, dass aussenpolitische Gespraeche angeknuepft sind. Dies bestaetigte mir hier auf der Anklagebank auch Generaloberst Jodl. So zum Beispiel wurde die mehrmalige Anwesenheit des japanischen Botschafters bei Hitler dahingehend ausgelegt, dass ueber Japan mit Moskau Gespraeche gefuehrt werden, oder, der Gesandte Neubacher, der hier als Zeuge war, hatte angeblich auf dem Balkon Gespraeche mit den Vereinigten Staaten, oder,der fruehere sowjetische Botschafter in Berlin sollte in Stockholm anwesend gewesen sein, um Gespraeche anzuknuepfen.

H0379 – 0050

So verbreitete er die Hoffnung, dass aehnlich wie Japan in diesr aussichtslosen Lage Verhandlungen beginnen wuerden, um dem Volk das Letzte zu ersparen. Hierzu war aber notwendig, den Widerstand so hart, wie moeglich, zu gestalten. Er tauschte alle, indem er den militaerischen Fuehrern unbegruendete Hoffnungen auf diplomatische Schritte machte, und den politischen Fuehrern neue Siege durch neue Truppen, mit neuen Waffen, in Aussicht stellte, und indem er im Volke und in der Fronttruppe den Glauben auf das Erscheinen einer Wunderwaffe systematisch als Gerucht verbreiten liess,um dadurch die Widerstandskraft aufrecht zu erhalten. Ich kann nachweisen, dass ich in Reden zu dieser Zeit immer darauf hingewiesen habe, und auch in Schreiben an Hitler und Goebbels wie verhaengnisvoll und unerheblich diese Politik der Bemuehung des Volkes, mit der Aussicht auf eine Wunderwaffe, ist.

F: Herr Speer, bestanden Zerstoerungsbefehle fuer die Industrieen in Frankreich, Belgien und Holland ?

A: Ja. Hitler hatte fuer den Fall der Besetzung durch die Alliierten eine weitgehende Zerstoerung der kriegswichtigen Industrien in allen diesen Laendern befohlen. Es sollten nach planmaessigen Vorbereitungen die Erzbergwerke, die Kraftwerke und die Industrieanlagen zerstoert werden.

F: Haben Sie etwas unternommen, um die Durchfuehrung dieser Befehle zu verhindern ?

A: Ja.

F: Haben Sie sie verhindert ?

A: Es war fuer die Durchfuehrung dieser Befehle der Oberbefehlshaber West verantwortlich, da diese Befehle im Operationsgebiet durchgefuehrt wurden. Aber ich habe diesem gegenueber festgestellt, dass diese Zerstoerungen fuer mich keinen Sinn und keinen Zweck haben, und dass ich daher als Ruestungsminister die Zerstoerung nicht fuer erforderlich halte. Darauf wurde kein Zerstoerungsbefehl gegeben ---

F: Wann war das ?

A: -- Ich hatte damit natuerlich Hitler gegenueber die Verantwortung dafuer uebernommen, dass die Zerstoerung nicht stattfand.

F: Wann war das ungefaehr ?

A: Etwa Anfang Juli 1944.

H0379 - 0051

F: Womit konnten Sie diese, Ihre Haltung rechtfertigen ?

A: Alle mir bekannten militaerischen Fuehrer erklaerten damals, dass der Krieg im Oktober oder November zu Ende sein muesse, nachdem die Invasion gelungen war. Ich selbst hatte von der Treibstofflage aus den gleichen Eindruck, wie auch klar aus dem Text meiner Denkschrift an Hitler vom 30. August hervorgeht, in der ich ihm gegenueber festgestellt habe, dass bei dieser Entwicklung der Treibstofflage im Oktober oder November keine operative Bewegung der Truppe mehr moeglich sein koenne. Dass der Krieg laenger dauerte, ist zunaechst nur dem Stillstand der operativen Bewegungen des Gegners im Jahre 1944 zuzuschreiben. Dadurch konnte der Verbrauch an Treibstoff gedrosselt werden, und die Westfront konnte neu mit Panzern Waffen und Munition ausgestattet werden. Bei dieser Sachlage konnte ich es ohne weiteres verantworten, die Industrie in den Westgebieten unbeschaedigt dem Gegner zu ueberlassen, da sie fruehestens nach dreiviertel Jahren ihm Nutzen bringen konnte, da ja die Zerstoerung im Verkehrsnetz schon stattgefunden hatte. Diese Denkschrift faellt zusammen mit dem Schutz der Arbeitslosen in den Sperrgebieten, von denen ich heute frueh berichtet habe.

F: War mit diesen Massnahmen Hitler einverstanden ?

A: Er konnte nicht damit einverstanden sein, weil der sie nicht kannte; aber es war eine derart aufgeregte Zeit damals, im Hauptquartier, dass er nicht daran dachte, die Zerstoerungsmassnahmen zu kontrollieren. Erst spaeter, im Januar 1945 berichteten die Franzosen in ihrer Presse ueber den schnellen Aufbau ihrer unzerstoerten Industrie. Das brachte mir dann allerdings schwerste Vorwuerfe ein.

F: Es ist nun hier von der franzoesischen Anklage ein Dokument, RF-132, vorgelegt worden, ein Bericht des Feldwirtschafts-Offiziers beim Wehrmachtbefehlshaber fuer die Niederlande. Danach bestand noch im September 1944 der Befehl des Oberbefehlshabers West, dass nur in den Kuestenstaedten Zerstoerungen, sonst aber keinerlei Zerstoerungen, vorgenommen duerften. Der Feldwirtschafts-Offizier fuer die Niederlande stellte, wie aus dem Dokument hervorgeht fest, dass der Befehl des Oberbefehlshabers West laengst ueberholt gewesen sei, und dass er deshalb nach eigenem Ermessen die Zerstoerung der Industrie in Holland angeordnet hatte. Wie war das moeglich, und was haben Sie dazu veranlasst ?

H0379 - 0052

A: Es wurde damals tatsaechlich durch den Uebereifer unterer Instanzen der grundsaetzliche Befehl, nicht im Westen zu zerstoeren, durchkreuzt. Der Befehlsapparat war durch die Fliegerangriffe wietgehendst zerschlagen. Seyss-Inquart hatte mich damals darauf aufmerksam gemacht, dass in Zerstoerungen stattfinden wollten. Er hat bereits hier ausgesagt, dass ich ihn ermaechtigt habe, dass diese Zerstoerungen nicht stattfinden. Das war im September 1944. Um derartige Zerstoerungen zu verhindern, habe ich ausserdem am 5. September 1944 auch unbefugt an die Leiter der Kohlen- und Eisenprodukte, und an den Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg Weisungen gegeben, dass die Zerstoerungen im Erzbergbau, in den Kohlengruben der Saar, in den Kohlengruben Holland, Belgien usw., zu verhindern sind. Wir sind damals bei dieser hoffnungslosen Kriegslage soweit gegangen, dass ich als der fuer den Strom Verantwortliche, aushilfsweise auch weiter Strom an die Betriebe auf der anderen Seite der Front gegeben habe, damit die Pumpanlagen in den Kohlenbergwerken nicht aussetzten, da ein Aussetzen dieser Pumpanlagen einen Wasserantrieb in den Bergwerken zur Folge hatte.

Dr.Flaechsner: Ich ueberreiche hierzu eine Abschrift eines Schreibens Speer's an den Gauleiter Simon in Koblenz, als Speer-Exhibit 16. Es ist dies auf Seite 57 des englischen Textes meines Dokumentenbuches wiedergegeben.

F: Herr Speer, haben Sie sich auch in anderen besetzten Gebieten, ausser in Frankreich, Belgien und Holland, fuer eine Verhinderung der Zerstoerungsbefehle eingesetzt ?

A: Ab August 1944 bei den Industrieanlagen im General-Gouvernement, bei den Erzgruben auf dem Balkan, bei den Nikelwerken in Finnland, ab September 1944 bei den Industrieanlagen in Ober-Italien und ab Februar 1945 bei den Erdoelfeldern in Ungarn, und bei den Industrieen in der Tschechoslowakei. Ich muss dabei betonen, dass ich hierbei zum grossen Teile auch die Unterstuetzung von Generaloberst Jodl hatte, der stillschweigend diese Nicht-Zerstoerung duldete.

F: Welche Absichten, zur Erhaltung der Industrieen und der Lebensmoeglichkeiten der deutschen Bevoelkerung, hatte Hitler, als sich nun Anfangs September 1944 die gegnerischen Truppen von allen Seiten den Grenzen des Gross-Deutschen Reiches naeherten ?

A: Er hatte gar keine Absichten, die Industrie zu erhalten. Er befahl im Gegen-

H0379-0053

teil gerade fuer Deutschland die " verbrannte Erde." Das bedeutete die rucksichslose Zerstoerung aller lebenden und toten Sachwerte bei Annaeherung des Feindes. Hinter dieser Politik standen Bormann, Ley und Goebbels, waehrend die Wehrmachtteile und auch die Fachministerium dagegen waren.

F: Da es sich bei diesen Bemuehungen Speer's diese Zerstoerungsabsichten, die erheblich verschaerft worden waren, zu verhindern, auch um Gebiete handelt, die damals zwar als zum Gross-Deutschen Reich gehoerig betrachtet wurden, wie Polnisch-Oberschlesien, Elsass-Lothringen, Oesterreich, Protektorat Boehmen und Maehren, bitte ich dieses Thema zum Beweise zuzulassen.
Herr Speer, hatten im Gross-Deutschen Gebiet, also in den oben umschriebenen Gebieten, auch die Oberbefehlshaber der Armeen die Exekutive fuer Zerstoerungsbefehle ?

A: Nein, diese lag fuer die Industrie und fuer die Kraftwerke bei mir, fuer die Bruecken schleussen, Bahnanlagen usw. bei der Wehrmacht.

F: Machten Sie bei Ihren Massnahmen, zum Schutze der Industrie, einen Unterschied zwischen den Gebieten des sogenannten Altreiches, und den seit 1933 neu dazu getretenen Gebieten ?

A: Nein, das Oberschlesische Industriegebiet, Polen, Boehmen-Maehren, Elsass-Lothringen, und natuerlich auch Oesterreich wurden genau so vor Zerstoerung geschuetzt, wie die deutschen Gebiete. Gerade in den Ostgebieten habe ich durch mehrere persoenliche Weisungen, dort an Ort und Stelle, die notwendigen Feststellungen getroffen.

F: Was haben Sie gegen die "verbrannte Erde" unternommen ?

A: Ich kam am 14. September 1944 von einer Reise zur Westfront zurueck, und fand an diesem Tage den Befehl vor, dass alles rucksichtslos zu zerstoeren ist. Ich gab sofort einen Gegenbefehl heraus, der offiziell die Schonung aller Industrieanlagen anordnete. Ich war damals recht erregt ueber die Tatsache, das nun in Deutschland Industrieanlagen zerstoert werden wollten bei dieser hoffnungslosen Kriegslage; ich war umso erregter, weill ich glaubte, dass es mir gelungen war, die Industrieen in den besetzten Gebieten im Westen vor einer Zerstoerung zu bewahren.

Dr. Flaechsner: Ich moechte hierzu das Dokument ueberreichen, ein Befehl Speer's zur Erhaltung der Industrie vom 14. September 1944, auf Seite 58 des englischen

H0379 - 0054

Textes meines Dokumentenbuches. Das Beweisstueck erhaelt die Exhibit-Nummer 17.

F: Konnten Sie nun diesen Befehl, Herr Speer, durchsetzen ?

Vorsitzender: Welches Datum war es ? Am 14. September, haben Sie gesagt ?

Dr.Flaechsner: Der 14. September, Herr Praesident.

Vorsitzender: Welche Seite ?

Dr.Flaechsner: Seite 58 des englischen Textes.

Vorsitzender:Fahren Sie fort, bitte.

Verhoer durch Dr. Flaechsner:

F: Konnten Sie nun diesen Befehl durchsetzen, Herr Speer ?

A: Es wurde zur gleichen Zeit im " Voelkischen Beobachter" durch einen offiziellen Artikel des Reichspressechefs die " verbrannte Erde " offiziell proklamiert, sodass ich mir darueber klar war, dass dieser Gegenbefehl nicht lange eine Wirkung haben konnte. Ich habe hier eine fuer die Arbeitsweise in der Umgebung Hitler's vielleicht typische Art benutzt, um ihn von der " verbrannten Erde" wegzubringen. Ich benutzte dazu den Glauben, den er bei allen Mitarbeitern verbreitete, dass die verlorenen Gebiete wieder zurueckerobert wuerden. Ich stellte ihm zur Entscheidung, wenn die Industriegebiete verloren gehen, dann sinkt mein Ruestungspotential ab, wenn sie nicht zurueckerobert werden, wenn sie aber zurueckerobert werden, nuetzen sie mich nur etwas, wenn sie von uns nicht zerstoert worden sind.

F: Sie hatten daraufhin ein Schreiben an Bormann gerichtet. Dieses Schreiben moechte ich als Dokument Nr.18 ueberreichen. Herr Praesident, es befindet sich auf Seite 59 des englischen Textes im Dokumentenbuch. Diese Fernschreiben ---

Zeuge: Ich glaube, wir koennen auch das Zitat dazu nehmen.

Dr.Flaechsner: Ja. Dieses Fernschreiben an Bormann haben Sie abgesandt, bevor Sie ueber seinen Inhalt mit Hitler gesprochen haben ?

A: Ja, ich moechte hier zusammenfassen ---

Vorsitzender: Koennten Sie die franzoesische Seitennummer angeben fuer die franzoesische Delegation ?

Dr.Flaechsner: Es ist, wenn ich recht sehe, Seite 56 des franzoesischen Textes im Dokumentenbuch.

H0379 - 0055

A: Hitler genehmigte den Text des von mir vorgeschlagenen Schreibens, in dem ich ihn vor die Alternative stellte, den Krieg als verloren zu betrachten oder die Gebiete unzerstoert zu erhalten. Allerdings war die Gefahr insofern zunaechst gebannt, weil die Fronten weiter hinten blieben. Es ist noch weiter von Hitler die Zerstoerung der Monetgruben in Frankreich mit besonderem Nachdruck gefordert worden. Auch hier gelang es mir, wie aus einem Dokument hervorgeht, die Zerstoerung zu verhindern, auch nur dadurch, dass ich die Hoffnung Hitlers auf einen erfolgreichen Gegenstoss als Begruendung ausnuetzte.

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, das Dokument, auf das sich der Angeklagte bezogen hat, ist ein Auszug aus dem Fuehrerprotokoll vom 18./20. August 1944. Ich ueberreiche es als Speer Exhibit Nr. 19. Es ist wiedergegeben in Ergaenzungsband meines Dokumentenbuches auf Seite 101.

DURCH DR. FLAECHSNER:

F: Herr Speer, wie kam diese Anordnung zustande?

A: Das habe ich schon gesagt.

F: In Ihrem Schreiben wird nun oefters der Begriff "Laehmung" in Verbindung mit Industrieanlagen verwendet. Wollen Sie dem Gericht Aufschluss geben ueber die Bedeutung dieser Bezeichnung?

A: Ich kann nur feststellen, dass es sich hier um die Herausnahme von einzelnen Teilen handelt, durch die die Betriebe zunaechst unbrauchbar wurden, aber diese Einzelteile wurden nicht zerstoert sondern nur verborgen.

F: Sie haben vorhin betont, Sie haetten bis Januar 1945 versucht, eine moeglichst hohe Ruestung zu erzielen. Was waren die Gruende dafuer, dass Sie das von Ende Januar 1945 ab aufgaben?

A: Von Januar 1945 ab beginnt ein sehr unerfreuliches Kapitel, die letzte Phase dieses Krieges und die Feststellung, dass Hitler das Schicksal des deutschen Volkes mit dem eigenen identifiziert und ab Maerz 1945 die Feststellung, dass Hitler bewusst die Lebensmoeglichkeiten des eigenen Volkes bei einem verlorenen Krieg zerstoeren wollte. Ich habe nicht die Absicht, meine Taetigkeit in dieser Phase in irgendeiner Weise fuer meinen persoenlichen Fall geltend zu machen. Es gibt aber auch hier eine Ehre, die zu verteidigen ist und deswegen moechte ich gerne ueber diese Zeit hier kurz berichten.

F: Herr Speer, wie war die Produktionslage auf den verschiedenen Gebieten,

H0379 - 0056

die Ihrer Ruestung unterstanden zu Ende Januar 1945?

A: Die Produktion an Treibstoff war seit Beginn der Angriffe auf die Treibstoffwerke im Mai 1944 vollkommen ungenuegend und hat sich seit dem auch nicht mehr erholt. Die Fliegerangriffe auf die Verkehrsanlagen hatten das Ruhrgebiet als wichtigste deutsche Rohstoffbasis bereits ab November 1944 ausgeschaltet. Mit der erfolgreichen Offensive der sowjet-russischen Armeen auf das oberschlesische Kohlenrevier war ab Mitte Januar 1945 auch hier der groesste Teil der Kohlenlieferungen ausgefallen. Damit war praezis auszurechnen, wann die Wirtschaft zusammenbrechen muss. Damit war eine Lage erreicht, bei der auch bei einem Stillstand der militaerischen Operationen des Gegners, der Krieg in kurzer Zeit verloren war, da das Reich an innerer Aushungerung an Kohle wirtschaftlich zusammenbrechen musste.

DR. FLAECHSNER: Ich moechte hierzu eine Denkschrift Speers an Hitler vom 11. November 1944 als Beweisstueck ueberreichen.

Herr Praesident, Sie finden einen Auszug davon auf Seite 64 des englischen, auf Seite 61 des deutschen und franzoesischen Dokumentenbuches. Es heisst dort. Ich zitiere:

"Es ist nach der gesamten Wirtschaftsstruktur des Reiches selbstverstaendlich, dass ein Ausfall des rheinisch- westfaelischen Industriegebiets fuer die gesamte deutsche Wirtschaft und die Fortfuehrung des Krieges auf die Dauer untragbar ist. Tatsaechlich faellt derzeit das Ruhrgebiet bis auf die im inneren Verkehr noch hergestellte Produktion fuer die deutsche Wirtschaft voellig aus. Es eruebrigt sich ueber die Folgen, die ein langer Ausfall des Ruhrgebiets fuer das gesamte Reich hat, zu diskutieren."

Am 15. Dezember 1944 macht angesichts der bevorstehenden Ardennenoffensive Speer Hitler eingehend auf die Folgen eines etwaigen Verlustes von Oberschlesien aufmerksam.

Ich ueberreiche hierzu die Denkschrift Speers. Sie finden sie auf Seite 102 des Ergaenzungsbandes meines Dokumentenbuches, im englischen Text und auch im franzoesischen Text ist es die gleiche Seite. Es handelt sich um einen Auszug aus einer Denkschrift an den Chef des Generalstabes des Heeres vom 15. Dezember 1944. Es erhielt die Exhibit Nummer 21.

ZEUGE: (unterbrechend) Die Denkschrift ging auch an Hitler.

H0379 - 0057

DR. FLAECHSNER: Ein Zitat aus dieser Denkschrift ist an sich nicht erforderlich. Es wird darin nachgewiesen, dass ein etwaiger Verlust Oberschlesiens schon kurze Wochen spaeter die Kampffaehigkeit der Truppe voellig ausschliessen wuerde und dass eine ruestungsmaessige Sicherung der Wehrmacht in diesem Falle in keiner Weise durchgefuehrt werden koennte. Ein grosser Teil Oberschlesiens ging nun tatsaechlich kurz darauf verloren. Am 30. Januar 1945 hat Speer erneut eine Denkschrift an Hitler gerichtet, die das Gericht auf Seite 67 des englischen Textes des Dokumentenbuches findet. Es ist Seite 64 des franzoesischen Textes. Dieses Dokument reiche ich als Exhibit 22 ein und zitiere daraus nur:

"Die deutsche Ruestung wird nach dem Verlust von Oberschlesien nicht mehr in der Lage sein, auch nur im entferntesten die Beduerfnisse der Front an Munition, Waffen und Panzern, die Verluste an der Front und den Bedarf fuer Neuaufstellunge zu decken."

Und es folgt dann als besondere Betonung der Satz, ich zitiere:

"Das materielle Uebergewicht des Gegners ist danach auch nicht mehr durch die Tapferkeit unserer Soldaten auszugleichen."

DURCH DR. FLAECHSNER:

F: Herr Speer, was wollten Sie mit diesem letzten Satz sagen, den ich zitiert habe?

A: Hitler gab damals die Parole aus, dass bei der Verteidigung der Heimat die Tapferkeit unserer Soldaten sich ausserordentlich steigern wird und dass umgekehrt die alliierten Truppen nach der Befreiung der besetzten Gebiete in ihrer Kampfkraft erheblich nachlassen werden. Dies war das Hauptargument auch von Goebbels und Bormann, die damit die Verschaerfung des Kampfes mit allen Mitteln begruendeten.

F: Herr Speer, wurde Hitler auch von anderer Seite in derartiger Weise unterrichtet, wie Sie es getan haben?

A: Ich fasse einige Fragen zusammen: Guderian, der Generalstabschef des Heeres war zu dieser Zeit bei Herrn von Ribbentrop um ihm zu erklaeren, dass der Krieg verloren sei. Ribbentrop teilte dies Hitler mit. Darauf erklaerte Hitler Anfang Februar sowohl Guderian als auch mir, dass derartige pessimistische Aeusserungen wie in meiner Denkschrift oder mein Schritt beim Reichsaussenminister in Zukunft als Landesverrat bezeichnet und bestraft wuerden. Er verbot anschliessend einige

H0379 - 0058

Tage spaeter in der Lagebesprechung seinen anderen engen Mitarbeitern irgendwelche Aeusserungen ueber die aussichtslose Lage zu geben. Jeder, der dagegen verstosse, werde ohne Ruecksicht auf Rang und Ansehen erschossen und seine Familie verhaftet.

Die Feststellungen, die Guderian und ich Hitler gegenueber ueber die aussichtslose Kriegslage machten, hatten einen absolut gegenteiligen Erfolg. Hitler liess in den ersten Tagen des Februar, einige Tage vor Beginn der Yaltakonferenz, seinen Pressereferenten kommen und gab ihm in meiner Gegenwart Weisung, in schaerfster Form in der gesamten deutschen Presse, den Willen Deutschlands, niemals zu kapitulieren, zum Ausdruck zu bringen. Er stellte dabei fest, dass er dies tue, damit dem deutschen Volk auf keinen Fall von den Gegnern irgendein Angebot gemacht werden koennte. Die Sprache muesse so scharf sein, dass den gegnerischen Staatsmaennern die Lust verginge, einen Keil zwischen das Volk und ihnen zu treiben.

Gleichzeitig proklamierte Hitler erneut dem deutschen Volk gegenueber die Parole: "Sieg oder Untergang". Das alles war zu einem Zeitpunkt, in dem ihm und jedem intelligenten Mann seiner Umgebung klar sein musste, dass es nur noch einen Untergang geben konnte.

Bereits auf einer Gauleitertagung im Sommer 1944 hatte Hitler ausgefuehrt - und Schirach ist dafuer Zeuge -, wenn das deutsche Volk in diesem Kampf unterliegen muesse, dann sei es zu schwach gewesen, es haette seine Probe vor der Geschichte nicht bestanden und waere daher zu nichts anderem als zum Untergang bestimmt. Jetzt, in dieser hoffnungslosen Lage des Januar/Februar 1945 machte Hitler Bemerkungen die zeigten, dass seine damaligen Aeusserungen keine rednerische Entgleisung waren. Er sah in dieser Zeit in zunehmendem Masse die Hauptschuld am Kriegsverlauf im Versagen des deutschen Volkes, keinesfalls aber bei sich selbst. Er aeusserte sich sehr scharf ueber das angebliche Versagen unseres Volkes, das soviel Opfer in diesem Kriege tapfer getragen hat.

F: Generaloberst Jodl hat auch hier ausgesagt, dass sowohl Hitler wie auch seine Mitarbeiter sich persoenlich ueber die aussichtslose Lage, sowohl der militaerischen, wie wirtschaftlichen Lage durchaus im klaren gewesen seien.

Wurde denn nun in dieser hoffnungslosen Lage nicht ein gemeinsamer Schritt der engeren Ratgeber Hitlers unternommen, um ihn zur Beendigung des Krieges aufzufordern?

H0379 - 0059

A: Nein. Ein gemeinschaftlicher Schritt der fuehrenden Maenner um Hitler fand nicht statt. Es war unmoeglich, weil diese sich entweder als reine Fachleute oder als Befehlsempfaenger betrachteten oder vor dieser Lage resignierten. Es uebernahm in dieser Lage niemand die Fuehrung,um wenigstens eine Diskussion ueber die Vermeidung weiterer Opfer bei Hitler herbeizufuehren. Und auf der anderen Seite stand eine einflussreiche Gruppe, die versuchte, mit allen Mitteln den Kampf zu verschaerfen. Das waren Goebbels, Bormann, Ley und wie schon gesagt, auch Fegelein und Burgdorf. Diese Gruppe hat auch dahintergestanden, dass Hitler bewogen werden sollte, aus der Genfer Konvention auszutreten. Dr. Goebbels hat Anfang Februar Hitler eine sehr scharfe Denkschrift uebergeben, in der er diesen Austritt aus der Genfer Konvention forderte. Hitler hatte dieser Absicht bereits zugestimmt, wie mir der Staatssekretaer von Goebbels, Naumann, mitteilte. Es sollte damit der Kampf unter Einsatz aller Mittel und ohne jede Ruecksicht auf internationale Abmachungen gefuehrt werden. Das war der Sinn der Denkschrift von Goebbels.

Es muss festgestellt werden, dass diese Absicht von Hitler und Goebbels an dem vernuenftigen Widerstand der militaerischen Fuehrer scheiterte, wie mir der Staatssekretaer von Goebbels Naumann spaeter mitteilte.

F: Herr Speer, der Zeuge Stahl hatte in seiner schriftlichen Vernehmung ausgesagt, Sie haetten Mitte Februar 1945 von ihm eine Lieferung von neuem Giftgas verlangt, um damit ein Attentat gegen Hitler, Bormann und Goebbels durchzufuehrer Und hatten Sie dann diese Absicht?

A: Es blieb meiner Ansicht nach kein anderer Ausweg. In meiner Verzweiflung wollte ich diesen Schritt gehen, denn ich war mir ab Anfang Februar klar geworden, dass Hitler mit allen Mitteln ohne Ruecksicht auf das eigene Volk den Krieg fortsetzen wollte. Es war mir klar, dass er bei einem Verlust des Krieges sein Schicksal mit dem des deutschen Volkes verwechselte und dass er in seinem Ende auch das Ende des deutschen Volkes sehe. Es war uebrigens klar, dass der Krieg so vollstaendig verloren war, dass auch die bedingungslose Kapitulation angenommen werden musste.

F: Wollten Sie das Attentat selbst durchfuehren?

Warum scheiterte diese, Ihre Absicht?

A: Ich moechte auch die Einzelheiten hier nicht weiter ausfuehren; ich konnte es nur persoenlich durchfuehren, weil seit dem 20. Juli nur ein enger Kreis

H0379 - 0060

noch Zutritt zu Hitler hatte. Ich habe verschiedene technische Schwierigkeiten gehabt---

VORSITZENDER: Das Gericht wuerde die Einzelheiten gerne hoeren. Wir werden uns jetzt vertagen.

(Gerichtspause)

FORTSETZUNG DER VERNEHMUNG VON SPEER DURCH DR. FLAECHSNER:

F: Herr Speer, wollen Sie dem Gericht bitte schildern, welche Umstaende der Durchfuehrung Ihrer Absichten entgegenstanden?

A: Ich schildere Einzelheiten nur sehr ungern, weil derartige Dinge etwas Unsympathisches an sich haben, und tue es nur, weil es das Gericht wuenscht.

F: Bitte.

A: Hitler hatte in dieser Zeit oft ueber die militaerische Lage in seinem Bunker Besprechungen mit Ley, Goebbels und Bormann, die ihm damals besonders nahestanden, weil sie seinen Kurs der Radikalitaet unterstuetzten und mitmachten. Es war seit dem 20. Juli auch den engsten Mitarbeitern von Hitler nicht mehr moeglich, diesen Bunker zu betreten, ohne dass die Taschen, die Aktentasche, von der SS auf Sprengstoff untersucht wurden. Ich kannte als Architekt diesen Bunker genau. Dieser hatte eine Frischluftanlage, aehnlich wie sie hier auch eingebaut ist im Saal hier. Es war nicht schwer moeglich, in die Ansaugoeffnung der Frischluftanlage, die im Garten der Reichskanzlei war, das Gas zu bringen. Es musste sich dann in kurzer Zeit durch diese Anlage im gesamten Bunker verteilen. Ich habe daraufhin Mitte Februar 1945 den mir besonders nahestehenden Leiter meines Hauptausschusses "Munition, Stahl", zu mir kommen lassen und habe ihm, da ich mit ihm bei den Zerstoerungen schon eng zusammengearbeitet hatte, offen meine Absicht gesagt, wie aus einer Zeugenaussage hervorgeht, und habe ihn gebeten, mir aus der Munitionsfertigung dieses moderne Giftgas zu besorgen. Er erkundigte sich bei einem seiner Mitarbeiter, Oberstleutnant Soyka vom Heereswaffenamt, wie man an dieses Giftgas herankommen kann und dabei stellte sich heraus, dass dieses neue

H0379-0061

Giftgas nur wirksam wird, wenn es zur Explosion gebracht wird, da dann die hohe Temperatur erreicht wird, die zur Vergasung notwendig ist. - Ich weiss nicht, ob das zu sehr ins Detail geht.
Eine Explosion war aber nicht möglich, da diese Frischluftanlage aus dünnem Blech bestand und durch die Explosion dieses Blech zerrissen worden wäre. Ich hatte daraufhin Besprechungen mit dem Obermonteur der Reichskanzlei Hänschel, ab Mitte März 1945 und erreicht, durch diese Gespräche, dass der Gasschutzfilter nicht dauernd eingeschaltet war. Damit hätte ich eine normale Gassorte verwenden können. Natürlich hat Hänschel keine Kenntnis davon bekommen, warum ic diese Gespräche mit ihm führte. Als ich dort war, besichtigte ich mit diesem Hänschel die Ansaugöffnung im Garten der Reichskanzlei und musste dort feststellen, dass kurz vorher auf persönlichen Befehl Hitlers auf diese Ansaugöffnung ein vier Meter hoher Kamin gemauert war. Das ist heute noch dort festzustellen. Damit war die Durchführung dieses Planes nicht mehr möglich.

F: Ich komme nun zu einem anderen Punkt, Herr Speer. Sie haben die Aussagen der Zeugen Rieke und Milch gehört. Sie haben bereits ausgesagt über Ihre Tätigkeit ab Mitte Februar 1945, die Sie für die Sicherung der Ernährung vorgenommen hätten. Was haben Sie hierzu zu sagen über Ihre Tätigkeit in dieser Richtung?

A: Ich kann ganz kurz hier sagen, dass die Vorzugs-Ernährung, di ich schliesslich durchgeführt habe, damals zu dem Zwecke gemacht wurde, um planmässig vom Krieg auf den Frieden umzuschalten und zwar auf Kosten der Rüstung, die ja von mir persönlich vertreten war. Es sind eine Unmenge Massnahmen, die wir getroffen haben. Es würde zu weit führen, wenn sie hier aufgeführt würden. Die Erlasse sind alle noch erhalten. Es handelte sich darum, im Gegensatz zur offiziellen Politik dafür zu sorgen, dass die Städte kurz vor ihrer Besetzung mit Nahrungsmitteln genügend versorgt sind oder dass bei der Verkehrskatastrophe alle Massnahmen getroffen werden, um die Ernte 1945 durch rechtzeitigen Transport des Saatgutes sicher zu stellen, was gerade damals die brennendste Frage überhaupt war. Wenn das Saatgut

H0379 – 0062

einige Wochen zu spät gekommen wäre, wäre die Ernte sehr schlecht geworden. Diese Massnahmen hatten natürlich für die Rüstung unmittbar nachteilige Folgen, die nicht abmessbar sind. Aber jedenfalls konnte die Rüstung aus ihren Reserven nur noch bis Mitte März ihre Produktion aufrechterhalten. Von da ab war keine nennenswerte Rüstungsproduktion mehr vorhanden. Das kommt daher, weil wir nur noch etwa 20 - 30 % des Verkehrsvoluns zur Verfügung hatten und bedingte eine Bevorzugung der Ernährungstransporte vor den Rüstungstransporten. Damit waren die Rüstungstransporte praktisch ausgeschaltet.

F: Konnten die Massnahmen, die ja doch eine öffentliche Auflehnung gegen die offiziellen Kriegspläne, des Widerstandes bis zum letzten, in breiten Umfange durchgeführt werden, fanden sich denn überhaupt Leute dazu bereit, solche Massnahmen, wie Sie sie vorschlugen, zu billigen und in die Wirklichkeit unzusetzen?

A: Alle diese Massnahmen waren gar nicht so schwer und gar nicht so gefährlich als wie man sie sich vielleicht vorstellen würde. Den in dieser Zeit ab Januar 1945 konnte man jede vernünftige Massnahme in Deutschland gegen die offizielle Politik durchführen. Jeder vernünftige Mann begrüsste derartige Massnahmen und war zufrieden, wenn nur einer dafür die Verantwortung übernahm. Alle diese Besprechungen fanden in grösseren Kreis von Fachleuten statt. Jeder der Beteiligten wusste, ohne dass es ausgesprochen wurde, was diese Befehle bedeuten. Ich hatte in dieser Zeit auch für ähnliche andere Massnahmen einen sehr engen Kontakt mit den Staatssekretären des Verkehrsministeriums, des Ernährungsministeriums, des Propagandaministeriums und später sogar mit dem Staatssekretär der Parteikanzlei, also Bormann selbst. Sie waren alte Parteigenossen und taten trotzdem in diesem Augenblick ihre Pflicht dem Volk gegenüber in anderer Weise wie das viele der führenden Leute der Partei taten. Ich unterrichtete sie laufend gegen das Verbot HItlers über die Entwicklung der militärischen Lage und so konnten wir gemeinsam viele tun, um die wahnsinnigen Befehle dieser Zeit aufzuhalten.

F: Auf welchem Gebiet nahmen Sie denn die Fortsetzung des Krieg

H0379 – 0053

als eine Gefährdung der weiten Öffentlichkeit des deutschen Volkes an?

A: Mitte März 1945 setzten sich die gegnerischen Truppen wieder in Bewegung. Es war nun ganz klar, dass in kurzer Zeit die Gebiete die noch nicht besetzt waren, besetzt werden mussten. Dazu gehörten auch Gebiete in Polnisch-Oberschlesien und andere ausserhalb der Grenzen des alten Reiches. Die befohlene Zerstörung aller Brücken bei Rückzügen war für uns die grösste Gefahr, denn eine von den Pionieren gesprengte Brücke ist viel schwerer wieder herzustellen, als eine durch Fliegerangriff beschädigte Brücke. Eine planmässige Zerstörung der Brücken ist in einem modernen Staat mit der Vernichtung des ganzen Lebens gleichzusetzen. Ausserdem aber wurden ab Ende Januar von den radikalen Parteikreisen Forderungen nach Zerstörung der Industrie erhoben und Hitler war derselben Meinung. Ich liess daher im Februar 1945 die Produktion und die Auslieferung von den sogenannten Industriesprengstoffen einstellen. Damit sollten sich die Vorräte an Sprengstoffen in den Bergwerken und in privater Hand verringern. Dieser Befehl wurde auch durchgeführt, wie ein Zeuge von mir aussagt. Mitte Februar versuchten Guderian und ich erneut die befohlenen Zerstörungen von Brücken auf ein Mindestmass herabzusetzen. Hitler wurde ein Befehl vorgelegt; dieser lehnte ihn scharf ab und verlangte im Gegenfall verschärfte Befehle zur Sprengung aller Brücken. Er liess gleichzeitig und zwar am 18.März 1945 8 Offiziere erschiessen, weil sie bei der Zerstörung einer Brücke ihre Pflicht nicht erfüllt hatten und brachte diese Tatsache im Wehrmachtsbericht zur Kenntnis, um vor zukünftigen Fällen zu warnen. Dadurch waren die Befehle zur Brückenzerstörung ausserordentlich schwer zu umgehen. Ich überreichte trotz des bestehenden Verbots am 18.März 1945 eine neue Denkschrift, deren Inhalt sehr eindeutig war und mit der ich ihm keine Ausrede über seine geplanten Massnahmen mehr lassen wollte. Sie wurde zahlreichen seiner Mitarbeiter zur Kenntnis gebracht.

F: Das Gericht findet diese Denkschrift im Auszug auf Seite 69 des englischen Textes des Dokumentenbuches.

VORSITZENDER: Bitte fahren Sie fort.

H0379 - 0064

SPEER: Ich zitiere hier aus der Denkschrift etwas länger. Das ist Seite 69 Herr Präsident.

"Die feindliche Luftwaffe hat weiter mit Schwerpunkt die Verkehrslagen angegriffen. Dadurch sind die Wirtschaftstransporte erheblich abgesunken. Es ist daher in 4 - 8 Wochen mit dem endgültigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft mit Sicherheit zu rechnen. Nach diesem Zusammenbruch kann der Krieg auch militärisch nicht fortgesetzt werden. Wir in der Führung haben die Verpflichtung, dem Volk in den schweren Stunden, die es erwarten muss zu helfen. Wir haben uns dabei nüchtern ohne Rücksicht auf unser Schicksal die Frage vorzulegen, wie dies auch für eine fernere Zukunft geschehen kann. Wenn der Gegner das Volk und seine Lebensbasis zerstören will, dann soll er dieses Werk selbst durchführen. Wir müssen alles tun, um den Volk, wenn vielleicht auch in primitivsten Formen, bis zuletzt seine Lebensbasis zu erhalten."

Es folgen dann einige Forderungen von mir. Ich fasse sie kurz zusammen:

"Es muss sichergestellt werden, dass wenn der Kampf weiter in das Reichsgebiet vorgetragen wird, niemand berechtigt ist, Industrieanlagen, Kohlenbergwerke, Elektrizitätswerke und andere Versorgungsanlagen sowie Verkehrsanlagen, Binnenschiffahrtsstrassen zu zerstören. Mit einer Sprengung der Brücken in vorgesehenem Ausmass würden die Verkehrsanlagen nachhaltiger zerstört, als es die Fliegerangriffe der letzten Jahre vermochten. Ihre Zerstörung bedeute die Beseitigung jeder weiteren Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes."

Ich zitiere noch kurz den Schluss der Denkschrift:

"Wir haben kein Recht dazu, in diesem Stadium des Krieges von u aus Zerstörungen vorzunehmen, die das Leben des Volkes treffen könnten. Wenn die Gegner dieses Volk, das in einmaliger Tapferkeit gekämpft hat, zerstören wollen, so soll ihnen diese geschichtliche Schande ausschliesslich zu-fallen. Wir haben die Verpflichtung, de Volk alle Möglichkeiten zu lassen, die ihn in fernerer Zukunft

H0379-0065

wieder einen neuen Aufbau sichern könnten."

Ende des Zitates.

Damit war klar genug ausgesprochen, was Hitler ohnehin wissen musste; denn es gehörte wirklich nicht viel wirtschaftliche Einsicht dazu um sich über die Folgen derartiger Zerstörungen für die weitere Zukunft des Volkes klar zu werden.

Hitler hat bei der Übergabe der Denkschrift deren Inhalt bereits gekannt, da ich sie mit einigen seiner Mitarbeiter durchgesprochen hatte. Daher sind seine Äusserungen hierzu bestärkt für die Einstellung dieser grundsätzlichen Frage.

Ich hätte den schweren Vorwurf, dass er die Absicht hatte das deutsche Volk mit in den Abgrund zu ziehen, hier nicht erhoben, wenn ich nicht in dem Schreiben vom 29.März 1945 seine Äusserungen darüber bestätigt hätte.

VORSITZENDER: Sprechen Sie von Mai oder März 1945?

DER ZEUGE: März 1945, Herr Vorsitzender.

DR.FLÄCHSNER: Herr Vorsitzender, Sie finden dieses Dokument auf Seite 72 des englischen Textes in meinem Dokumentenbuch, und es ist auf Seite 75 des französischen Textes. Ich überreiche es als Exhibit Nr.25. Es ist das Schreiben Speer's an Hitler von 29.März 194

DURCH DR.FLÄCHSNER: Bitte fahren Sie fort.

VORSITZENDER: Sollten Sie diesen Brief nicht verlesen?

DR.FLÄCHSNER: ja,er möchte ihn selbst verlesen.

DURCH DR.FLÄCHSNER:

F: Wollen Sie jetzt lesen?

A: Ich zitiere:

"Als ich Ihnen am 18.März 1945 meine Schrift übergab, war ich der festen Überzeugung, dass die Folgerungen, die ich aus der gegenwärtigen Lage zur Erhaltung unserer Volkskraft zog, unbedingt Ihre Billigung finden werden. Denn Sie hatten selbst einmal festgelegt, dass es Aufgabe der Staatsführung ist, ein Volk bei einem verlorenen Krieg vor einem heroischen Ende zu bewahren.

Sie machten mir jedoch am Abend Ausführungen, aus denen - wenn

H0379 - 0066

ich Sie nicht missverstanden habe - klar und eindeutig hervorgeht: Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar. Es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil sei es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschliesslich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibt, seien ohnehin nur die Minderwertigen; denn die Guten seien gefallen." Ich zitiere weiter:

"Nach diesen Worten war ich zutiefst erschüttert. Und als ich einen Tag später den Zerstörungsbefehl und kurz danach den scharfen Räumungsbefehl las, sah ich darin die ersten Schritte zur Ausführun dieser Absichten ."

DR.FLÄCHSNER: Ich darf hierzu bemerken, ich reiche als Speer Dokument den Zerstörungsbefehl Hitlers von 19.März 1945 ein, das Gericht findet ihn auf Seite 73 des französischen und Seite 76 des englischen Textes des Dokumentenbuches.

Ich reiche ferner ein den Durchführungsbefehl für Verkehrs- und Nachrichtenwesen auf Seite 78 des englischen Textes, Seite 75 des französischen Textes als Speer Exhibit Nr.26.

Und dann den Zerstörungs- und Räumungsbefehl Bormanns vom 23. März 1945, der sich in meinem Dokumentenbuch auf Seite 1o2 befindet Das letztere Schriftstück trägt die Bezeichnung Speer Exhibit Nr.27

DURCH DR.FLÄCHSNER:

F: Herr Speer, da es sich um einen Befehl mit Fachausdrücken handelt, wollen Sie bitte dessen Inhalt dem Gericht zusammenfassend wiedergeben?

VORSITZENDER: Sie sagten, der letzte wäre auf Seite 1o2 des zweiten Bandes, in meiner Abschrift ist es ein Dokument des General Guderian von 15.Dezember 1944.

DR.FLÄCHSNER: Nein, Herr Vorsitzender, ich bitte vielmals um Entschuldigung, ich habe mich versehen, es ist nicht Seite 1o2, sondern Seite 93 und 94. Ich bitte um Entschuldigung, ich habe das Dokument auch erst heute bekommen.

H0379-0067

DURCH DR.FLÄCHSNER:

F: Herr Speer wollen Sie diesen Befehl kurz erläutern?

A: Ich kann kurz zusammenfassen. Den Gauleitern war damit befohlen, die Zerstörung aller Industrie-Anlagen, aller wichtigen Elektrizitäts-, Wasser- und Gas-Werke usw. und auch der Lebensmittel und Bekleidungslager. Ich war mit meinen Weisungsrecht durch dieser Befehl ausdrücklich ausgeschaltet und alle meine Weisungen zur Erhaltung der Industrie waren aufgehoben.

Die militärischen Stellen hatten befohlen, die Zerstörung aller Brücken, darüber hinaus auch der gesamten Bahnanlagen, der Postanlagen, der Nachrichten-Anlagen in der Reichsbahn; aber auch der Wasserstrassen, aller Schiffe, aller Waggons und aller Lokomotiven.

Das Ziel war, wie in einem der Erlasse steht, das Schaffen einer Verkehrswüste.

Durch den Erlass Bormanns sollte die Bevölkerung in das Innere des Reiches abtransportiert werden und zwar sowohl im Westen wie in Osten. Hierzu sollten auch die ausländischen Arbeiter und die Kriegsgefangenen gehören. Diese Millionen von Menschen sollten im Fussmarsch auf die Wanderschaft geschickt werden. Eine Versorgung zur Sicherung ihrer Existenz war nicht getroffen und konnte auch nicht getroffen werden.

Die Durchführung dieser Befehle musste eine ungeheuere Hunger-Katastrophe zur Folge haben. Dazu ging am 19.März 1945 ein scharfer Befehl Hitlers an alle Heeresgruppen und an alle Gauleiter, dass der Kampf ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung zu führen sei.

Mit der Durchführung der Befehle Hitlers wäre sein Wort von 18. März in Erfüllung gegangen, os sei nicht notwendig auf die Grundlagen, die das Volk zu seinen primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen, im Gegenteil sei es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Bei der Disziplin die in Deutschland bezüglich jeden Befehls ganz gleich welchen Inhalts geführt wurde, war seine Durchführung zu erwarten.

H0379 – 0068

Diese Befehle gehörten auch für die Gebiete, die dem deutschen Reich angegliedert waren.

Ich habe nun in offener Weise durch Reisen in die gefährdeten Gebiete und durch Rücksprache mit meinen Mitarbeitern versucht, die Durchführung dieser Befehle zu verhindern. Ich habe angeordnet, dass der noch vorhandene Sprengstoff im Ruhrgebiet in den Kohlenschächten versenkt wurde, dass die Sprengstoff-Vorräte, die auf den Baustellen waren, verborgen wurden.

Wir haben Maschinen-Pistolen an die wichtigen Werke verteilt, damit sie sich gegen die Zerstörungen wehren können. Das klingt alles etwas übertrieben; aber es war damals die Situation so, dass, wenn ein Gauleiter gewagt hätte im Ruhrgebiet an die Kohlenbergwerke zu gehen und dort nur eine Maschinen-Pistole zur Verfügung stand dann wäre geschossen worden.

Ich versuchte die örtlichen Befehlshaber der Heeresgruppen von der Unsinnigkeit der ihnen übertragenen weiteren Sprengungen zu überzeugen und weiter konnte ich durch Rücksprache mit den örtlichen Stellen die befohlenen Evakuierungen zum grössten Teil verhindern. Hier hat auch der Staatssekretär in der Parteikanzlei Klopper den Verdienst dadurch, dass er Räumungsbefehle an die Gauleiter zum grossen Teil aufhielt.

Als ich von der Reise zurückkehrte, wurde ich sofort zu Hitler bestellt. Es war am 29.März 1945. Ich hatte mich mit Absicht seinen Befehlen so offen widersetzt und mit vielen seiner Gauleiter über den verlorenen Krieg gesprochen, dass ihn meine Widersetzlichkeit bekannt werden musste. Es sind Zeugen vorhanden, die wissen, dass ich auch das erreichen wollte.

Ich wollte ihn nicht hinter seinen Rücken betrügen. Ich wollte ihn vor die Alternative stellen. Am Anfang der Besprechung erklärte er, dass er Berichte von Bormann hätte, dass ich den Krieg für verloren ansähe und mich offen gegen sein Verbot ausspreche. Er verlangte von mir eine Erklärung, dass ich den Krieg nicht als verloren ansähe. Ich erklärte ihm:"Der Krieg ist verloren."

H0379 - 0069

Er gab mir 24 Stunden Bedenkzeit. In dieser Zeit entstand der Brief, der aus dem Auszug zitiert wurde und der in vollem Wortlaut dem Gericht übergeben wurde.

Nach dieser Bedenkzeit wollte ich ihm den Brief als Antwort abgeben. Er verweigerte mir die Annahme. Ich erklärte ihm darauf, dass er mit mir auch in Zukunft rechnen könne und erreichte dadurch, dass er mir den Vollzug der Zerstörungen wieder übertrug.

H0379 - 0070

DR. FLÄCHSNER: Ich darf hierzu auf den Befehl Hitlers hinweisen vom 30. März 1945, den das Gericht auf Seite 83 des englischen Textes und auf Seite 79 des französischen Textes des Dokumentenbuches findet, als Exhibit Nr. 28 einreichen.

DURCH DR. FLÄCHSNER:

F: Was haben Sie auf Grund dieses neuen Befehles veranlasst?

A: Der Text war von mir aufgesetzt und er gab mir die Möglichkeiten die befohlenen Zerstörungen zu umgehen. Ich gab sofort einen Befehl heraus, der alle meine alten Befehle zur Schonung der Industrie wieder in Kraft setzte. Ich verzichtete dabei darauf, diesen neuen Erlass von mir, Hitler zur Genehmigung vorzulegen, obwohl er an sich das in dem Befehl ausdrücklich vorbehalten hatte.

Entgegen der Zusage, die ich ihm machte, dass ich bedingungslos hinter ihm stehe, fuhr ich bereits am nächsten Tag zu Seyss-Inquart, der es hier ausgesagt hat und zu zwei Gauleitern, um auch diesen zu erklären, dass der Krieg verloren sei und mit ihnen die Konsequenzen zu besprechen.

Ich fand dabei bei Seyss-Inquart grosses Verständnis. Sowohl mein Erlass zur Verhinderung der Zerstörungen, wie auch meine Besprechungen waren gegen meine Zusicherung, die ich Hitler am 29. März gegeben hatte. Ich hielt das für meine selbstverständliche Pflicht.

DR. FLÄCHSNER: Ich überreiche als Speer-Exhibit 29 die Durchführungsbestimmungen Speer's vom 30. März, zu dem vorerwähnten Befehl. Das ist im deutschen und französischen Text des Dokumentenbuches auf Seite 81, im englischen Dokumentenbuch auf Seite 85.

DER ZEUGE: Trotzdem blieben die Befehle zur Zerstörung der Brücken weiter in Kraft und man kann die Folgen davon überall in Deutschland Österreich, Polen und so weiter, sehen. Ich unternahm zahlreiche Frontreisen und hatte viele Besprechungen mit den Befehlshabern der Fronttruppen hierüber und vielleicht wurde dadurch die eine oder andere Erleichterung erreicht. Schliesslich erreichte ich bei dem Chef der Nachrichtentruppen am 3. April 1945, dass er wenigstens durch einen neuen Befehl die Zerstörung der Nachrichtenanlagen, der Post, der Reichsbahn und der Rundfunksender, verbot.

H0379-0071

Schliesslich gab ich am 5. April sechs OKW-Befehle unter dem Namen des General Winter heraus, der hier als Zeuge war. Durch diese Befehle sollte die Erhaltung wichtiger Bahnlinien erreicht werden. Die Befehle sind noch vorhanden.

Ich gab diese Befehle über meine Befehlsträger und über die Reichsbahn, heraus. Bei dem Befehlsdurcheinander, das in dieser Zeit herrschte, mussten derartige Befehle, zu denen ich nicht ermächtigt war sie zu geben, wenigstens eine verwirrende Wirkung haben.

DURCH DR. FLÄCHSNER:

F: Herr Speer, es sind eine Reihe weiterer Versuche von Ihnen, den Krieg abzukürzen, in der Presse bekannt geworden. Können Sie diesen Komplex, was dort in der Presse angedeutet worden ist, hier kurz zusammengefasst dem Gericht schildern?

A: Ich möchte mich mit den Dingen, die nicht gelungen sind, nicht so lange aufhalten. Ich habe mehrmals versucht Himmler und andere aus der Regierung auszuschalten und sie zu zwingen, sich für ihre Tätigkeit zu verantworten. Zur Durchführung dieser und anderer Pläne hatten sich mir acht Frontoffiziere angeschlossen, die alle hohe Auszeichnungen hatten. Unter ihnen waren die zwei bekanntesten Flieger Deutschlands, Galland und Baumbach. Der Staatssekretär im Propagandaministerium ermöglichte mir am 9. April kurz über alle deutschen Sender zu sprechen. Es waren alle Vorbereitungen getroffen. Goebbels hörte im letzten Augenblick davon und verlangte die Genehmigung des Textes durch Hitler, dem ich einen stark abgeänderten Text vorlegte. Er verbot auch diesen stark abgeänderten Text.

Am 21. April 1945 hatte ich die Möglichkeit im Hamburger Funkhaus zunächst eine Rede auf Schallplatten zu sprechen. Diese sollte als Anweisung für die Schlussphase gesendet werden. Die aufnehmenden Beamten verlangten aber, dass die Rede erst nach dem Tode Hitlers und damit nach dem Erlöschen ihres Eides gesendet wird.

Ich hatte weiter Verbindung mit dem Chef des Stabes, einer Heeresgruppe im Osten, der Heeresgruppe Weichsel. Wir waren uns darüber im Klaren, dass ein Kampf um Berlin nicht stattfinden darf, dass die Armeen, entgegen den Befehlen, an Berlin vorbeimarschieren sollen. Zu-

H0379 - 0072

nächst ist dieser Befehl auch durchgeführt worden. Danach waren von Hitler verschiedene Beauftragte nach ausserhalb von Berlin geschickt worden mit Sondervollmachten, denen es gelang, einige Divisionen nach Berlin hineinzuführen. Aber die ursprüngliche Absicht, ganze Armeen nach Berlin zu führen, ist dadurch nicht durchgeführt worden. Der Chef des Stabes, mit dem ich diese Besprechungen hatte, war General Kinsler (?).

F: Hatten denn diese Bestrebungen Anfang April und später überhaupt noch einen Sinn?

A: Ja, wir rechneten mit einer längeren Dauer des Krieges, denn auch Churchill prophezeite damals das Kriegsende auf Juli 1945.

F: Sie haben erklärt und hier geschildert, wie sehr Sie sich für die Erhaltung der Fabriken und anderer wirtschaftlicher Einrichtungen eingesetzt haben. Haben Sie sich für die ausländischen Arbeiter auch eingesetzt?

A: Meine Verantwortung lag auf dem Gebiet der industriellen Anlagen. Ich fühlte mich daher in erster Linie verpflichtet, mein Aufgabengebiet unzerstört zu übergeben. Trotzdem sollten auch verschiedene meiner Bemühungen den ausländischen Arbeitskräften zugute kommen. Einmal waren die ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen durch meine Sicherung der Ernährung der letzten Phase bestimmt auch mit die Nutznieser.

Zweitens habe ich bei örtlichen Besprechungen zur Verhinderung von Sprengungen im Gegensatz zu den vorhandenen Evakuierungsbefehlen der Partei, darauf eingewirkt, dass die Ausländer und Kriegsgefangenen an Ort und Stelle bleiben. Derartige Besprechungen haben im Saargebiet am 18. März und im Ruhrgebiet am 28. März zum Beispiel stattgefunden. Anfang März machte ich den Vorschlag, 500.000 Ausländer aus dem Reich in die Gebiete zurückzuführen, die noch in unserem Besitz waren, also die Holländer nach Holland und die Tschechen nach der Tschechoslowakei. Jedoch lehnte die Reichsbahn die Verantwortung für diese Transporte ab, da das Verkehrssystem bereits so zerstört war, dass dieser Plan nicht mehr durchführbar war. Schliesslich habe ich sowohl mit meiner beabsichtigten Rede vom 9. April über die deut-

H0379 - 0073

schen Sender, wie auch bei der versuchten Hamburger Rede, auf die Pflichten hingewiesen, die wir den Ausländern, Kriegsgefangenen und auch den Häftlingen aus den Konzentrationslagern gegenüber in dieser letzten Phase haben.

DR. FLÄCHSNER: Ich darf hierzu, Herr Präsident, auf Seite 88 des englischen Textes des Dokumentenbuches, Seite 84 des französischen Textes, verweisen. Ich überreiche dieses Dokument als Speer-Exhibit Nr. 30.

DURCH DR. FLÄCHSNER:

F: Herr Speer, Sie haben nun hier geschildert, wie sehr Sie in de letzten Zeit des Krieges, im Gegensatz zu Hitler und seiner Politik standen. Warum sind Sie nicht zurückgetreten?

A: Ich hätte drei Mal die Möglichkeit gehabt, zurückzutreten. Ein mal im April 1944, als meine Autorität stark eingeschränkt war, das zweitemal im September 1944, als Bormann und Goebbels dafür waren, dass ich ausscheide; das dritte Mal hat Hitler selbst am 29. März 1945 von mir verlangt, dass ich auf Dauerurlaub gehe, was einem Rücktritt gleichkam. Ich lehnte diese Möglichkeiten ab, denn ich hielt es ab Juli 1944 für meine Pflicht, auf meinem Posten zu bleiben.

F: Es ist hier ausgesagt worden, die letzte Phase des Krieges, also etwa ab Januar 1945, sei unter dem Gesichtspunkt berechtigt gewesen, weil man dem Volke unnötige Opfer ersparen wollte. Waren Sie derselben Meinung?

A: Nein. Es wurde gesagt, eine militärische Abschirmung nach dem Osten wäre notwendig gewesen, um die Flüchtlinge zu bergen. In Wirklichkeit wurde bis Mitte April 1945 der Hauptteil unserer letzten Reserven an Panzern und Munition für den Kampf gegen den Westen eingesetzt. Die taktische Grundlinie war also eine andere, als sie hätte sein müssen, wenn der Kampf für die Ziele geführt worden wäre, die hier festgestellt wurden. Auch die Zerstörung der Brücken im Westen, die Zerstörungsbefehle gegen den Kern des Volkes, besagen das Gegenteil. Die Opfer, die auf beiden Seiten ab Januar 1945 gebracht wurden, waren sinnlos. Die Toten dieser Periode werden den

H0379 – 0074

Verantwortlichen für die Fortsetzung des Kampfes, Adolf Hitler, ebenso anklagen, wie die zerstörten Städte, die in dieser letzten Phase noch ungeheuere Kulturwerte verlieren mussten und zahlreiche Wohnungen der Zerstörung anheim fielen. Viele der Schwierigkeiten, unter denen das deutsche Volk heute zu leiden hat, sind auf die rücksichtslose Zerstörung der Brücken, der Verkehrsanlagen, Waggons, Lokomotiven und Schiffe zurückzuführen. Das deutsche Volk hat bis zum Schluss Adolf Hitler die Treue gehalten. Er hat es wissentlich verraten. Er hat versucht, es endgültig in den Abgrund zu stürzen. Erst am 1. Mai 1945 hat Dönitz versucht, mit Vernunft zu handeln; es war zu spät.

F: Ich habe eine letzte Frage:
Konnten Sie Ihre Handlungen in den letzten Monaten des Krieges mit Ihrem Eid und mit dem Begriff der Treue, gegenüber Adolf Hitler vereinbaren?

A: Es gibt eine Treue, die jeder unbedingt zu halten hat und das ist die dem eigenen Volk gegenüber. Diese Verpflichtung steht über allen. Wenn ich an führender Stelle stehe und, wenn ich dabei sehe, dass gegen die Interessen des Volkes in dieser Weise gehandelt wird, dann bin auch ich verpflichtet, zu handeln. Dass Hitler dem Volke nicht mehr die Treue hielt, musste jedem intelligenten Menschen seiner Umgebung klar sein und zwar spätestens ab Januar oder Februar 1945. Hitler hat seine Berufung einst vom Volke erhalten. Er hatte kein Recht mit seinem Schicksal auch das Schicksal des Volkes zu verspielen. Ich habe daher meine selbstverständliche Pflicht als Deutscher erfüllt. Es ist mir nicht alles gelungen; ich freue mich aber, dass ich mit meiner Tätigkeit den Arbeitern in den besetzten Gebieten und in Deutschland noch einen Dienst erweisen konnte.

DR. FLÄCHSNER: Herr Präsident, ich bin am Ende meiner Befragung des Angeklagten Speer.
Ich darf dem Gericht vielleicht noch einen Hinweis geben, dass sich zu den Themen, die den Gegenstand der heutigen Nachmittagssitzung gebildet haben, die Zeugen Kehrl mit ihrem Fragebogen 10 und 12, Zeuge Rohland unter 5, 6 und 8, der Zeuge Schieber unter 25, der

H0379 - 0075

Zeuge Guderian unter 1 bis 3, 7 bis 9 und zu Punkt 6 geäussert hat; der von Speer genannte Zeuge Stahl unter Punkt 1 und 2 seiner Aussage und die Zeugin Kempf unter Nr. 10 ihrer Aussage.

Es stehen noch aus und werden nach Eingang nachgereicht werden, die Fragebögen der Zeugen Malzecker, und der Fragebogen, auf den die Verteidigung besonderers Gewicht legen muss, das ist die Aussage des Zeugen von Poser, weil dieser der Verbindungsoffizier des Generalstabes des Heeres, des Ministeriums Speer gewesen ist. Weiterhin steht noch aus der Fragebogen, betreffend General Buhle, der Chef des Heeresstabes war und des Oberst Baumbach, der Kommandeur eines Kampfgeschwaders war. Die anderen Dokumente werde ich nach Abschluss des Verhörs des Angeklagten Speer dem Gericht unterbreiten.

VORSITZENDER: Wünschen andere Verteidiger Fragen zu stellen?

DR. SERVATIUS (Verteidiger für den Angeklagten Sauckel):

F: Herr Zeuge, waren bei den Verhandlungen, die Sauckel im Jahre 1943/44 mit Laval in Paris führte, Vertreter Ihrer Dienststelle anwesend und haben die Forderungen Sauckel's unterstützt?

A: Es waren bei diesen Besprechungen zum Teil Vertreter meiner Dienststelle anwesend. Diese waren zu dem Zweck anwesend, um die Speerbetriebe zu schützen und dafür zu sorgen, dass keine Einbrüche in die Fertigungsinteressen passieren, die von mir zum Schutze vorgesehen waren.

F: Diese Vertreter haben also die Forderungen Sauckel nicht unterstützt, sondern dagegen gesprochen?

A: Es war nicht die Aufgabe dieser Vertreter, für oder gegen die Forderungen Sauckel's zu sprechen,, denn Sauckel hat seine Forderungen in so bestimmter Weise erhoben, dass es für einen kleinen Mitarbeiter nicht möglich war, sich für oder gegen diese Forderungen, in irgendeiner Form zu äussern. Das wäre eine Aufgabe gewesen, die ich selbst hätte durchführen müssen.

F: Die Vertreter haben also keinerlei Aufgabe erfüllt?

A: Die Vertreter von mir waren die Vertreter der Rüstung, der schweren Rüstungs= und Kriegsproduktion in den besetzten Gebieten und haben als solche ihre Spezialaufgabe gehabt.

F: Herr Zeuge, haben Sie im Jahre 1943 selbstständig, ohne Sauckel heranzuziehen, 50.000 französische OT-Arbeiter ins Ruhrgebiet gebracht?

H0379-0076

A Das stimmt. Nach dem Angriff auf die Möne-Talsperre und die Eder-Talsperre im April-Mai 1943 fuhr ich dorthin und habe in dieser Zeit angeordnet, dass eine Einsatzgruppe der Organisation Todt diese Wiederbehebung übernehmen soll. Ich habe das deswegen gemacht, weil ich das Baugerät,die Baumaschinen im technischen Stab gleich dazu haben wollte. Diese "insatzgruppe hat zunächst, ohne mich zu fragen, gleich die französischen Arbeiter mitgebracht. Das hatte, für uns im Westen, einen ungeheueren Rückschlag gebracht, weil daraufhin die Arbeitskräfte an den Baustellen im Atlantikwall, die sich bis dahin vor dem Zugriff Sauckel's sicher fühlten .....

F Herr Zeuge, es interessiert nicht, was dort gemacht worden ist, sondern nur interessiert mich, dass diese 50 ooo Arbeiter, ohne Einverständnis mit Sauckel, von Ihnen selbst hingebracht worden sind. Das haben Sie bejaht.

A Das ist richtig, ja.

F Sauckel war für die Regelung der Arbeitszeiten in den Betrieben verantwortlich. Ist Ihnen bekannt, dass die zehnstündige Arbeitszeit von Goebbels später, als Bevollmächtigter für den totalen Krieg, angeordnet wurde und zwar für Deutsche und Ausländer gleichmässig?

A: Das dürfte stimmen. Es ist mir nicht mehr unmittelbar in Erinnerung, aber ich nehme an, dass das stimmt.

F Sie haben erklärt, dass die Genfer Konvention nicht auf Sowjet-Kriegsgefangene und auf die italienischen Zivilinternierten angewandt worden sei?

A Ja.

F Wissen Sie, dass die Genfer-Konvention, trotzdem sie nicht für die Sowjet-Gefangenen anerkannt wurde, inhaltlich aber angewandt wurde und dass entsprechende Befehle vorlagen?

A Ich kann Ihnen darauf keine Auskunft geben, denn das war zu sehr detail, das haben meine Dienststellen unmittelbar erledigt. Ich würde Ihnen das gerne bestätigen.

DR SERVATIUS: Ich werde dem Gericht dann ein Dokument vorlegen wo das darin erklärt ist.

H0379 - 0077

DURCH DR SERVATIUS:

F Ist Ihnen bekannt, dass die italienischen Zivilinternierten, also, die aus der italienischen Wehrmacht kamen, in ein freies Arbeitsfeld überführt waren und deswegen der Konvention nicht unterstanden?

A Ja, das stimmt, und zwar wurde das auf Veranlassung von Sauckel gemacht.

F Die Verantwortung für die Ausführung der Anordnungen Saucke in den Betrieben, trugen die Betriebsführer. Ist das richtig?

A Soweit sie durchführbar waren.

F Sie haben gesagt, dass, wenn die Durchführbarkeit, infolge besonderer Ereignisse, wie Fliegerangriffe, nicht möglich war, dass dann die Obersten Reichsbehörden sich der Sache hätten annehmen müssen?

A Ja.

F Welche Reichsbehörden sind das?

A Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz.

F Das wäre Sauckel?

A Ja, und die deutsche Arbeitsfront, die ja für die Unterbringung und für die Arbeitsbedingungen verantwortlich war.

F Welcher Apparat stand denn Sauckel zur Verfügung, um diese Missstände abzustellen. Es handelt sich dann doch um praktische Hilfe?

A Nein, Sie haben mich da nicht richtig verstanden. Die Katastrophenzustände waren Zustände, die durch höhere Gewalt herbeigeführt war. Kein Mensch konnte diese beseitigen, auch mit dem besten Willen nicht, weil ja jeden Tag neue Fliegerangriffe kamen. Aber es ist nicht möglich, dass Wie Sauckel hier ausgesag hat, der Betriebsführer auch dafür die Verantwortung trägt, dass diese Zustände nicht abgestellt werden konnten. Ich wollte es so zu verstehen geben, dass bei derartigen Notständen, eben die Führung insgesamt sich zusammensetzen muss und sagen muss, ob es noch ein Zustand ist, der tragbar ist, oder nicht, und dabei hatt Sauckel die besondere Verpflichtung, als der Berichtende und als

H0379-0078

der Veranlassende für derartige Dinge aufzutreten.

F Wem gegenüber sollte er denn auftreten?

A Dem Führer gegenüber.

F Herr Zeuge, Sie haben Ihren eigenen Verwaltungsapparat hier erklärt und gesagt, dass Sie ein Gegner einer bürokratischen Verwaltung seien. Sie haben die Selbstverwaltung der Betriebe eingeführt und zwar hatten Sie in der fachlichen Seite Ringe gebildet darüber Ausschüsse; diese wurden von Ihnen gelenkt.

A Ja.

F Und es war eine geschlossene Verwaltung, in der von aussen andere Behörden nicht eindringen konnten?

A Ja, das hätte ich mir verbeten.

F Dass waren Sie ja eigentlich der Vertreter der Betriebe nach oben.

A Nur für die technische Aufgabe, wie ich hier ausgeführt habe

F Sie beschränkten sich für die technischen Aufgaben?

A Dann wäre ich ja der Verantwortliche gewesen, für Ernährung zustände, oder für Gesundheitszustände, oder für zufällige Polizeiangelegenheiten. Das war mir ja nicht zumutbar, dann hätte man mir einen anderen Auftrag geben müssen.

F Herr Zeuge, haben Sie sich nicht vorhin darauf berufen, dass Sie gerade in der Ernährung Anordnungen getroffen hätten, die den Arbeitern zugute gekommen wären und bestätigen Sie damit nicht meine Auffassung, dass Sie die gesamte Verantwortung für dieses Gebiet trugen?

A Keineswegs. Ich glaube, dass ich diese Handlungen der letzte Zeit im Rahmen der gesamten Verantwortung getan habe und nicht in der Einzelverantwortung.

F Herr Zeuge, Sie hatten dann von der Verantwortung der Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare gesprochen, mit Bezug auf die Rüstungsindustrie. Können Sie denn diese Verantwortung einmal näher erklären, denn ich habe das nicht verstanden.

A Seit 1942 hat sich in zunehmendem Masse die Verantwortlichkeit auf die Gauleiter, als Reichs-Verteidigungskommissare, ver-

H0379 - 0079

lagert. Das war das Bestreben von Bormann in der Hauptsache.

F (unterbrechend) Was waren deren Aufgaben?

A Einen Moment bitte. ..... Der eine Zusammenfassung aller staatlichen und parteilichen Gewalten bei den Gauleitern anstrebte. Dieser Zustand der Zusammenfassung war ab 1943 fast vollständig erreicht. Die einzige Ausnahme, die noch bestand, waren meine Rüstungsdienststellen, die sogenannte . Rüstungs-Inspektior

Diese war, da sie früher im OKW war, eine militärische Dienststelle, die mit Offizieren besetzt war und dasgestattete es mir ausserhalb des Bereiches der Gauleiter zu verbleiben. Aber der Gauleiter war die Umfassende Stelle, in seinem Gau und er hat sich die Rechte zu Befehlen genommen, falls er sie nicht hatte. Es ist ja bei uns so gewesen, wie Sie auch wissen, dass es nicht so entscheidend war, wer die Vollmacht hatte, sondern wer sich das Recht herausnahm, Befehle zu erteilen. In diesem Falle haben die meisten Gauleiter sich alle Rechte herausgenommen und dadurch waren sie die verantwortliche zusammenfassende Behörde.

F Was verstehen Sie unter zusammenfassender Behörde? Darf ich Ihnen vielleicht einmal vorhalten: Der Gauleiter hatte, als Reichs-Verteidigungskommissar, lediglich die Aufgabe, die Dienststelle zusammenzufassen, wenn eine Entscheidung im Gau erforderlich war, als Beispiel, nach einem Fliegerangriff, Beseitigung der Schäden, Errichtung eines neuen Werkes, Ankauf der Grundstücke, um die verschiedene Stellen an einen Tisch zu bringen aber Befehls- und Entscheidungsbefugnisse hatte er nicht. Ist das richtig?

A Nein. Ich würde Ihnen empfehlen mit einigen Gauleitern zu sprechen, die Ihnen sagen, wie es war.

F .Ich lasse dann die Frage fallen. Ich werde das Gesetz vorlegen. Herr Zeuge, Sie haben dann gesagt, es sei während einer gewissen Zeit ein Überschuss an Arbeitskräften in Deutschland gewesen, das darauf zurückzuführen ist, dass Sauckel zuviel ausländische Arbeiter nach Deutschland geholt hätte?

H0379 - 0080

A Es kann hier ein Irrtum sein. Mein Verteidiger hat auf zwei Dokumente hingewiesen, nach denen in der Zeit vom April 1942 bis April 1943 Sauckel mehr Arbeitskräfte in die Rüstung geliefert hatte, als wie die Rüstung gefordert hät. Ich weiss nicht, ob Sie die Stelle meinen.

F Ich habe nur in Erinnerung, dass Sie gesagt haben, es wären mehr Arbeitskräfte dagewesen, als erforderlich waren.

A Ja.

F Sie wollen also nicht sagen, dass dies herbeigeführt sei, dadurch, dass Sauckel zuviele Arbeitskräfte aus dem Ausland gebracht habe?

A Nein, ich wollte damit beweisen, dass auch nach der Meinung Sauckel's damals, er nicht die Arbeitskräfte durch die Forderung nach der Spitze betrieben hatte, die Arbeitskräfte von Frankreich usw. nach Deutschland zu bringen. Denn wenn er an einem Bericht an Hitler feststellt, dass er mehr Arbeitskräfte in die Rüstung geschafft hat, als wie ich gefordert habe, und das geht aus diesem Schreiben hervor, dann ist ja klar, dass er mehr getan hat, als ich von ihm gefordert habe. Es ist in der Tat anders gewesen. In der Tat hat er diese Arbeitskräfte nicht gestellt und wir haben uns furchtbar gestritten, weil ich der Meinung war, dass er viel weniger gestellt hatte und er hatte eine grosse Meldung an Hitler gemacht. Aber nun hier in diesem Prozess gilt das Dokument

F Ja, Sie haben ja jetzt auch darauf hingewiesen, dass eine Streitfrage zwischen Ihnen und Sauckel war, ob in Deutschland hinreichende Arbeitsreserven vorhanden gewesen seien, und wenn ich Sie recht verstanden habe, haben Sie gesagt, dass, wenn man die Arbeitskräfte so herangezogen hätte, wie dies England und die Sowjet-Union getan hat, man dann überhaupt keine ausländischen Arbeitskräfte nötig gehabt hätte. Ist das richtig?

A Das habe ich nicht gesagt.

F Wie ist dann dies zu verstehen?

A Ich habe klar genug ausgeführt, dass ich die Arbeitspolitik Sauckel's aus den besetzten Gebieten nach Deutschland für richti gefünden habe.

H0379-0081

Ich habe hier nicht irgendwie versucht, mich vor dieser Verantwortung hier zu drücken. Aber es waren grosse Reserven an deutschen Arbeitskräften vorhanden. Und auch das ist wieder nur ein Beweis dafür, dass ich nicht für die Spitze verantwortlich bin, der Forderung, etwas anderes wollte ich damit nicht beweisen.

F Sind Ihnen dass die gesetzlichen Bestimmungen bekannt, wonach sogar Frauen und Jugendliche in ganz erheblichem Umfange eingesetzt wurden?

A Ja.

F Wissen Sie auch, dass die Frauen von Offizieren und hohen Beamten ebenfalls in Frabriken arbeiteten?

A Ja, ab August 1944.

F Wo befanden sich denn noch diese Arbeitsreserven, von denen Sie sprechen?

A Ja. Ich sprach ja von der Zeit des Jahres 1943. Im Jahre 1943 forderte ich in der Zentralen Planung, dass die deutschen Arbeiterreserven eingesetzt werden und auch im Jahre 1944, in der Besprechung bei Hitler vom 4. Januar nochmals dasselbe. Sauckel hat damals festgestellt, und das geht aus seiner Rede vom 1. März 1944 hervor, die hier als Dokument eingereicht ist, dass es keine Reserven mehr an deutschen Arbeiskräften gäbe.

F Ja.

A Aber er hat gleichzeitig hier ausgesagt, dass es ihm gelungen ist, im Jahre 1944 2 000000 Arbeitskräfte aus Deutschland noch zu mobilisieren und das hielt er im Januar 1944, bei einer Besprechung mit Hitler, für völlig unmöglich. Er hat also hier selbst den Beweis geführt, dass zu einem Zeitpunkt, an dem ich den Einsatz der inländischen Arbeitskräfte wollte, er diese Tatsachen nicht für gegeben hielt, aber dass er nachher durch die Verhältnisse gezwungen war, diese inländischen Arbeitskräfte zu mobilisieren, dass also meine Feststellung damals richtig war.

F Herr Zeuge, diese 2 000000 Arbeitskräfte, von denen Sie sprechen, waren das in der Industrie verwendbare Arbeitskräfte?

H0379 - 0082

A Natürlich.

F Die sind eingesetzt worden, unmittelbar als Facharbeiter in der Industrie?

A Die mussten erst angelernt werden.

F Mussten sie nicht auch zuerst durch komplizierte Umstellung von einem Betrieb zum anderen freigemacht werden?

A Nur zum Teil, da wir die Möglichkeit hatten, sie in der feinmechanischen Industrie und anderen Arbeiten einzustellen und dann, das weiss jeder der sich in der Industrie von Amerika und England auskennt, sind diese neuen Werkzeugmaschinen durchaus geeignet auch von Frauen bedient zu werden, auch für schwere Arbeit.

VORSITZENDER: Herr Dr. Servatius, der Gerichtshof ist an allen diesen Einzelheiten nicht interessiert.

DR SERVATIUS: Herr Präsident, an der Grundfrage habe ich ein grosses Interesse, denn wenn die Arbeitskräfte in überflüssigerweise beschafft worden sind, aus dem Ausland und infolgedessen keine staatliche Notwendigkeit bestand, dann ist das für die völkerrechtliche Betrachtung der Frage, ob Arbeitskräfte gehalt werden können, von grosser Bedeutung. Das wollte ich aufklären. Ich habe noch zwei Fragen, vielleicht kann ich sie noch stellen.

VORSITZENDER: Sie können noch zwei Fragen stellen,aber nicht über diesen Punkt.

DR SERVATIUS: Nein, über andere Punkte.

DURCH DR SERVATIUS:

F Herr Zeuge, Sie haben erklärt, dass Ihr Versuch, sich Sauckel zu unterstellen, nicht gelungen sei. Haben Sie nun diese Unterstellung nicht praktisch erreicht dadurch, dass in der Mittelinstanz die Gauarbeitsämter Sauckel's das zu befolgen hatten , was Ihre Rüstungsinspektionen anordneten?

A Nein, das ist eine Sache, die muss ich länger ausführen. Wenn Sie die Erklärung haben wollen .....

F Sie sagen ja nein .....

A Ja, aber es handelt sich um völlig neue Begriffe, über die ich dem Gericht Aufklärung machen sollte.

H0379 - 0083

Wenn Ihnen aber ein "Nein" ausreichend ist .....

F Längere Ausführungen sind nicht nötig, denn wenn Sie klar sagen "Nein", dann ist es ja klargestellt.

Herr Zeuge eine letzte Frage: Sie haben gesagt, dass Sauckel die Arbeits-Verteilungsfragen in seinem Arbeitsstab entschieden habe?

A Ja.

F Er selbst sagt, dass ja doch auch Entscheidung durch den Führer getroffen wurden. Ist da nicht zu entscheiden, zwischen den grossen Programmforderungen, wo man sich über die Verteilung von Arbeitskräften über einen grösseren Zeitraum unterhielt und zwischen der Verteilung, die laufend geschah, je nachdem das Programm erfüllt wurde.

A Nach meiner Erinnerung und auch nach dem Durchlesen der erhaltenen Führerprotokolle meiner Besprechungen, sind hier zwei Phasen zu unterscheiden, die erste ist etwa bis Oktober 1942; in dieser fanden öfters gemeinsame Besprechungen bei Sauckel statt, bei denen ich auch anwesend war. In diesen Besprechungen wurde die Verteilung der Arbeitskräfte für die nächsten Monate in detail besprochen. Nach diesem Zeitpunkt haben bei Hitler, in meiner Gegenwart, keine Besprechungen mehr stattgefunden, die ins detail gingen. Mir sind lediglich bekannt die Besprechungen vom Januar 1944; dann war noch eine Besprechung im April oder Mai 1944, die ich erwähnt habe. Aber in diesen Besprechungen wurde nur global gesprochen und Einzelverteilung wurde nach den Richtlinien, wie Sauckel sagt, durchgeführt.

F Das ist gerade das, was ich sagen will. Es waren globale, es waren Programmforderungen, wo grundsätzlich entschieden wurde es sind 2 000 000 Arbeiter aus dem Ausland zu beschaffen und die spätere Verteilung erfolgte dann bei Sauckel.

A Richtig, ich kann auch bestätigen, was Sauckel aussagte, dass er seine Aufträge immer sich von Hitler geben liess für die besetzten Gebiete, da er die Autorität von Hitler ja brauchte , um sich in den besetzten Gebieten durchzusetzen.

H0379 – 0084

20.Juni-I.Sch-A-9-Mr. Willner-

DR SERVATIUS: Ich habe dann keine Fragen mehr.

VORSITZENDER: Wir vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 21. Juni 1946, 10.00 Uhrvertagt.)